

Tag der Ausgabe:
Mittwoch und Sonnabend.



Insertionsgebühr:
für die gesp. Zeile 15 Pf.

Amtsblatt für das Fürstenthum Lippe.

Nr. 44.

Sonnabend, den 2. Juni.

1894.

Die Nr. 26 des Reichs-Gesetzblatts, ausgegeben zu Berlin, den 30. Mai 1894, enthält:

Nr. 2179. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1894/95. Vom 22. Mai 1894.

Nr. 2180. Verordnung, betreffend die Regelung der Verwaltung der Rechtspflege in den zu den Schutzgebieten nicht gehörigen Theilen der deutschen Interessensphären in Afrika. Vom 2. Mai 1894.

Nr. 2181. Bekanntmachung, betreffend Abänderung und Ergänzung der Eichordnung und der Eichgebühren-Taxe. Vom 8. Mai 1894.

Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Fürst und Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin sind am 31. v. M. von der Reise nach Tirol, bzw. Langenburg, hierher zurückgekehrt.

Stechbriefs-Erledigung.

Der am 10. Mai 1894 gegen die ledige Dienstmagd Caroline Wiehage (der richtige Name ist Johanne Wiehage) aus Altenhagen erlassene Stechbrief ist durch Verhaftung der p. Wiehage erledigt.

Salzuflen, den 31. Mai 1894.

Der Fürstliche Amtsanwalt.
Kreke.

Der Colon Hermann Mehrmann Nr. 42 zu Hausenbeck beabsichtigt auf seinem Grundstück bei der Sole — Kartenblatt 15 Parzelle 5 — einen Ziegelofen anzulegen und hat die

erforderlichen Zeichnungen nebst Beschreibung eingereicht, welche auf hiesiger Amtsstube zur Einsicht ausliegen.

Es werden daher diejenigen, welche gegen diese Anlage Einwendungen erheben wollen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, hierdurch aufgefordert, solche in einer ausschließenden Frist von 14 Tagen hier vorzubringen.

Detmold, den 29. Mai 1894.

Fürstliches Verwaltungsamt.
Neubourg.

Der Durchschnittspreis für Weizen, Roggen, Hafer, Heu und Stroh hat hier im Monat Mai 1894 betragen:

für 50 Kilo Weizen:	6 M. 75 =
" " " Roggen:	6 = 50 =
" " " Hafer, gut:	8, — M.
" " " " mittel:	7,75 =
" " " " gering:	7,50 =
" " " Heu:	4 = 25 =
" " " Stroh:	3 = 25 =

Detmold, den 31. Mai 1894.

Der Magistrat.
Petri.

Lemgo. Alle, welche Ansprüche auf Befriedigung aus den Kaufgeldern für den subhastirten Grundbesitz des Tischlers Ferd. Bolland Nr. 46 der R. B. hies. Blatt 906 des Grundbuchs, oder dingliche Rechte an denselben bislang nicht angemeldet haben, werden mit solchen hierdurch ausgeschlossen.

Lemgo, den 30. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht L.
Pothmann.

Die vom Bundesrathe erlassenen „Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894“ und „Bestimmungen über die Erhebung und Berechnung der nach dem Reichsstempelgesetz zu entrichtenden Abgaben“ werden nebst den beigelegten Mustern hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht und diejenigen Personen, welche von den darin erteilten Weisungen betroffen werden, auf dieselben aufmerksam gemacht.

Detmold, den 25. Mai 1894.

Fürstlich Lippische Regierung.
von Wolfgramm.

1894

Annahme des Reichsstempelgesetzes

1894

A.

Ausführungsvorschriften.

zum

Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894.

1. Die Steuerstellen, welche zur Erhebung der Stempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Tarifnummer 1 bis 3) und von Lotterieloose (Tarifnummer 5) zuständig sind, sowie die zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe, insbesondere zum Verkauf der Stempelmarken und gestempelten Formulare befugten Amtsstellen werden ebenso wie die Beamten zur Wahrnehmung der im § 39 Absatz 2 bezeichneten Geschäfte und deren Geschäftsbezirke, von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekannt gemacht. Soweit eine solche Bestimmung nach Maßgabe der bestehenden Stempelgesetze bereits erfolgt ist, bedarf es einer erneuten Bekanntmachung nicht; etwaige Veränderungen bezüglich der zur Abstempelung der Werthpapiere (Tarifnummern 1 bis 3) und der Lotterieloose (Tarifnummer 5) zuständigen Stellen werden dem Reichskanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

Die Abstempelung der Genußscheine (Anmerkung zur Tarifnummer 1 und 2 Absatz 2) erfolgt bis auf Weiteres nur bei den Stempelhebestellen zu Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg und München.

Zu § 2 des Gesetzes.

1 Aktien, Renten-
und Schuldverschreibungen.

Muster a. u. b.

2. Die zu versteuernden Werthpapiere sind mit einer nach den anliegenden Mustern a oder b doppelt ausgefertigten, von dem Steuerpflichtigen unterzeichneten und mit genauer Angabe seines Standes und Wohnortes versehenen Anmeldung einer zuständigen Steuerstelle vorzulegen. Loose oder von den Werthpapieren getrennte Zinsscheine etc. sind nicht mit vorzulegen. In der Anmeldung sind die Werthpapiere nach Gattung (Aktie, Interimsschein zu solcher, Schuldverschreibung etc.) und Benennung sowie nach Serie, Litera und Nummer geordnet auszuführen.

3. Nach Prüfung der Anmeldung setzt die Steuerstelle den Abgabebetrag fest und zieht ihn ein. Bei der Berechnung der Abgabe von ausländischen Werthpapieren, in welchen der Nennwerth in fremder und deutscher Währung angegeben ist, bildet die letztere die Grundlage; bei Werth

papieren, deren Nennwerth nicht in deutscher Währung angegeben ist, hat die Umrechnung in dieselbe unter Zugrundelegung der fremden Währung, und falls mehrere fremde Währungen angegeben sind, der höchstgültigen fremden Währung zu erfolgen.*)

Die Abstempelung der Werthpapiere erfolgt erst, nachdem die festgestellte Abgabe gegen — endgültige oder vorläufige — Quittung eingezahlt oder hinterlegt worden ist. Die Hinterlegung tritt ein, wenn die Abstempelung der Papiere am Tage der Einzahlung der Steuer nicht mehr bewirkt oder beendet werden kann. Jede Quittung muß um gültig zu sein, von zwei Beamten vollzogen und in derselben der Tag der Buchung der Steuer und die Nummer des Hebe- oder Anmelbungsregisters, unter welcher die Buchung erfolgt ist, von der Steuerstelle angegeben sein. Die endgültige Quittung ist auf eine Ausfertigung der Anmeldung zu schreiben.

Kann die Abstempelung nicht sofort vorgenommen werden, so ist dem Ueberbringer die eine Ausfertigung der Anmeldung, mit Empfangsbescheinigung versehen, zurückzugeben.

Nach erfolgter Abstempelung erhält der Steuerpflichtige die Werthpapiere gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung oder der vorläufigen Quittung, welche als Registerbeläge bei der Steuerstelle verbleiben, und die mit endgültiger Quittung versehene Ausfertigung der Anmeldung ausgehändigt.

4. Die Abstempelung erfolgt ausschließlich durch Aufdrücken des Reichsstempels auf der Vorderseite des Werthpapiers. Der mittelfst Maschine aufzudrückende Stempel ist kreisrund mit einem Durchmesser von 31 mm und trägt in der zwischen zwei Linien laufenden Umschrift die Bezeichnung: REICHSTEMPEL-ABGABE, sowie in fetter Schrift die Angabe des Steuerfußes: 1¹/₂, oder EINS VOM HUNDERT bzw. SECHS, FUENF, VIER, ZWEI oder EINS VOM TAUSEND bzw. FUENF MARK, DREI MARK oder FUENFZIG PFENNIG; das Mittelfeld ist ausgefüllt durch einen nur in Umrißlinien gezeichneten Reichsadler, unter welchem das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle sich befindet.**)

*) Behufs Umrechnung der in einer andern als der Reichswährung ausgedruckten Summen zum Zwecke der Berechnung der Reichsstempelabgabe sind gegenwärtig für die nachstehend bezeichneten Währungen die dabei bemerkten allgemein zum Grunde zu legenden Mittelwerthe bis auf Weiteres festgesetzt:

1 süddeutscher Gulden, sowie ein Gulden niederländischer Währung	1,70	Mk.
1 Mark Banco	1,50	"
1 österreichischer Gulden Gold	2,00	"
1 österreichischer Gulden Silber oder Papier	1,70	"
1 österreichische Krone	0,85	"
1 Pfund Sterling	20,40	"
1 Franc, Lira, finnische Mark, spanische Peseta Gold	0,80	"
1 spanischer Piafter	4,00	"
100 spanische Reales	21,00	"
1 portugiesischer Milreis	4,50	"
1 türkischer Piafter	0,15	"
1 rumänischer Piafter	0,30	"
1 rumänischer Leu	0,80	"
1 polnischer Gulden	0,33	"
1 russischer Silberrubel	2,25	"
1 russischer Goldrubel	3,20	"
100 schwedische, norwegische oder dänische Kronen	112,50	"
1 dänischer Riksdaler	2,25	"
1 schwedischer Riksdaler	1,125	"
1 Species Riksdaler	4,50	"
1 amerikanischer Dollar	4,25	"

**) Die nach den „Ausnahmen“ zur Tarifnummer 1 und 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 abgestempelten ausländischen Werthpapiere haben einen Stempelausdruck erhalten, welcher in einem von einem Kreise umgebenen Vierpaß die deutsche Kaiserkrone, sowie ein Band mit Angabe des Steuerfußes von 10 Pfennig oder 50 Pfennig zeigt und dessen Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“ und das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle trägt (Ziffer 2c Abs. 2 der Ausführungs Vorschriften vom 7. Juli 1881).

Die Abstempelung der inländischen Werthpapiere und der nicht nach den „Ausnahmen“ versteuerten aus-

5. Auf Antrag und auf Kosten des Steuerpflichtigen kann der Ausdruck des Reichsstempels auf die Werthpapiere auch bei der Reichsdruckerei erfolgen. Der Antrag ist in der Anmeldung (Ziffer 2) zu stellen. Die Steuerstelle zieht den Abgabebetrag und einen die Kosten der Abstempelung deckenden Vorschuß von dem Steuerpflichtigen ein und ersucht unter Beifügung einer gemäßen Vorschriften unter Ziffer 3 mit Quittung über Abgabe und Vorschuß versehenen Ausfertigung der Anmeldung die Reichsdruckerei um Abstempelung der Werthpapiere. Der Antragsteller hat für die Einsendung der Werthpapiere an die Reichsdruckerei zu sorgen und empfängt dieselben von dort unmittelbar zurück. Hin- und Rücksendung erfolgen auf seine Gefahr und Kosten.

Der Steuerstelle theilt die Reichsdruckerei eine Bescheinigung, daß die Abstempelung in Uebereinstimmung mit der zurückzusendenden Anmeldung erfolgt ist, unter Benachrichtigung von dem Betrage der Kosten der Abstempelung mit. Die Steuerstelle nimmt diese Bescheinigung zu den Belägen ihres Registers und rechnet nunmehr mit dem Steuerpflichtigen über den Vorschuß unter Rückzahlung des etwaigen Ueberschusses ab. Nach Berichtigung der Kosten erhält der Steuerschuldner eine mit Quittung (Ziffer 3) versehene Ausfertigung der Anmeldung zurück.

Ersieht die Reichsdruckerei aus der überlieferten Quittung, daß der Vorschuß die Kosten nicht deckt, so hat sie die Steuerstelle hiervon alsbald und vor der Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere behufs unvorzüglicher Einziehung des fehlenden Betrages zu benachrichtigen.

6. Nach jeder Einzahlung auf die in den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Werthpapiere sind die Interimscheine nach den obigen Vorschriften zur Abstempelung vorzulegen. Die letztere erfolgt nach den für die Abstempelung der vollbezahlten Werthpapiere getroffenen Bestimmungen unter Ausdruck desselben Stempels (Ziffer 4) bei dem Quittungsvermerk über die jeweilige Einzahlung; dabei ist zugleich der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung mittelst eines Stempels ersichtlich zu machen.

Der wiederholten Vorlegung und Abstempelung der Interimscheine bedarf es indessen nicht, wenn bei der erstmaligen Vorlegung der Interimscheine die volle tarifmäßige Abgabe für die vollgezählten Stücke in voraus entrichtet worden ist. In Fällen derartiger Vorauszahlungen der Steuer sind die Interimscheine über dem Reichsstempelabdruck mit folgendem Vermerk zu versehen:

Vollzahlung ist vorausbesteuert.

den ten 18

(Amtsbezeichnung, Unterschrift und Amtsstempel der abstempelnden Steuerstelle.)

ländischen Werthpapiere erfolgte mittelst eines Stempels, welcher in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck bestand, auf welchem sich der Reichsadler, um denselben in kreisrunder Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“, sowie das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle befand (Ziffer 2c Abs. 3 der Ausführungsvorschriften vom 7. Juli 1881). Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Januar 1883 (Centralblatt S. 8) wurde ein neuer Stempel eingeführt, der außer den vorgedachten Merkmalen auf einem gebogenen Bunde die Angabe des Steuerjages von Fünf, Zwei oder Eins vom Tausend enthielt.

Der oben in Ziffer 4 bezeichnete kreisrunde Stempel mit Angabe der Steuerjage von Fünf, Zwei oder Eins vom Tausend ist durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 11. Juni 1887 (Centralblatt S. 159) eingeführt worden, die Abstempelung der Werthpapiere konnte indessen auch mit dem in der Bekanntmachung vom 5. Januar 1883 bezeichneten Stempel vorgenommen werden.

Gemäß Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 9. April 1891 (Centralblatt S. 74) wird der Stempel aufdruck auf die Stücke

1. der $4\frac{1}{2}$ prozentigen inneren Argentinischen Anleihe vom Jahre 1888,
2. der $4\frac{1}{2}$ prozentigen äußeren Argentinischen Anleihe vom Jahre 1888 und
3. der Buenos-Aires-Stadt-Anleihe vom Jahre 1888

nicht mit rother, sondern mit blauer Farbe bewirkt.

Zu § 2 und Absatz 2 der letzten Spalte der Tarifnummern 1 und 2.
 7. Für die zur Besteuerung angemeldeten Werthpapiere ist der volle tarifmäßige Betrag der Stempelabgabe von der Steuerstelle auch dann zu berechnen und festzustellen, wenn für die abgegebenen Interimsscheine schon eine Reichsstempelabgabe entrichtet worden ist. Behufs Anrechnung des versteuerten d. i. durch die gezahlte Steuersumme gedeckten Betrages der Interimsscheine auf den Betrag der endgültigen Stücke hat der Steuerpflichtige in der Anmeldung den Betrag der einzelnen auf die Interimsscheine geleisteten Einzahlungen und der dafür entrichteten Abgaben sowie den Ort und die Zeit der Steuererhebungen anzugeben und die abgestempelten Interimsscheine mit den abzustempelnden Werthpapieren vorzulegen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der beantragten Anrechnung nichts zu erinnern, so erfolgt die Einzahlung des für die Aktien zc. etwa noch zu erlegenden Abgabebetrag, die Quittungsleistung und die Abstempelung der Papiere nach den oben unter Ziffer 3 bis 5 gegebenen Bestimmungen. Auf der Anmeldung (Ziffer 2) hat die Steuerstelle den noch zu versteuernden Betrag der einzelnen Stücke, sowie die dafür zur Erhebung gelangende Abgabe ersichtlich zu machen.

Auf den Interimsscheinen sind von deren Rückgabe die Stempelzeichen durch Ausschneiden oder Durchlöchen, mit Genehmigung der Direktionsbehörde auch in anderer sichernder Art, zu vernichten; die Vernichtung ist auf der Anmeldung zu bescheinigen.

Unter den von der Steuerstelle vorzuschreibenden Bedingungen dürfen die abgestempelten Interimsscheine behufs Feststellung des anzurechnenden versteuerten Betrages und Vernichtung der Stempelzeichen auch vor der Vorlegung der abzustempelnden endgültigen Stücke vorgelegt werden.

Insofern die Interimsscheine nicht spätestens gleichzeitig mit den abzustempelnden Aktien zc. vorgelegt werden können, darf der Steuerpflichtige, unter Angabe des auf die Interimsscheine zur Einzahlung gelangten Kapitals und der entrichteten Steuer, sich die Vorlegung der abgestempelten Interimsscheine zum Zweck der Anrechnung des versteuerten Betrages derselben in der Anmeldung vorbehalten. Die Steuer für denjenigen Betrag, dessen Anrechnung in Anspruch genommen wird, ist zu hinterlegen oder sicherzustellen. Die Sicherstellung erfolgt durch Niederlegung kassahabender inländischer Werthpapiere; oder Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten werden zum Nennwerth, bei niedrigerem Kurse aber zum Kurswerth, sonstige Werthpapiere der bezeichneten Art aber in Höhe des bei der Reichsbank beleihbaren Theilbetrages als Sicherheit angenommen. Den Papieren sind die Zinsscheine und die Anweisungen zur Abhebung derselben beizufügen; es steht jedoch den Steuerpflichtigen frei, die innerhalb des ersten Jahres fälligen Zinsscheine zurückzubehalten. Seitens der Steuerstelle ist auf der dem Anmeldenden zurückzugebenden Ausfertigung der Anmeldung unter Bezugnahme auf den gemachten Vorbehalt die Hinterlegung oder Sicherstellung zu bescheinigen und ein entsprechender Vermerk im Anmelbungsregister zu machen, im übrigen aber nach der Bestimmung im ersten Absatz dieser Ziffer zu verfahren. Die Vorlegung der Interimsscheine hat innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der abgestempelten Aktien zc., den Tag der Rückgabe nicht mitgerechnet, bei der Steuerstelle zu erfolgen. Aus besonderen Gründen kann die Steuerbehörde eine Verlängerung dieser Frist bewilligen. Bei der Vorlegung der Interimsscheine hat der Steuerpflichtige den Betrag der einzelnen auf die letzteren geleisteten Einzahlungen und der dafür entrichteten Abgaben sowie den Ort und die Zeit der Steuererhebungen anzugeben, auch die obenbezeichnete Ausfertigung der Anmeldung mit beizufügen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der Anrechnung nichts zu erinnern, so hat die Steuerstelle wegen der Vernichtung der Stempelzeichen auf den Interimsscheinen (Absatz 2 dieser Ziffer) und wegen entsprechender Rückgabe des hinterlegten Steuerbetrages oder der bestellten Sicherheit das Weitere zu veranlassen, insbesondere auch die zugestandene Anrechnung auf der mitvorgelegten und zurückzugebenden Ausfertigung der Anmeldung, sowie auf der als Beleg bei der Steuerstelle verbliebenen Ausfertigung und im Anmelbungsregister zu vermerken. Nach Ablauf der Frist ist der rückständige, durch Anrechnung nicht getilgte Theil der Steuer zur Erhebung zu bringen.

Insofern in Folge der früheren Art der Abstempelung aus den auf den Interimsscheinen be-

finblichen Steuerstempeln der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung nicht ersichtlich sind, bedarf es einer bezüglichen Angabe seitens des Steuerpflichtigen nicht. Auf Verlangen der Steuerstelle sind in dessen vor Bewilligung der Anrechnung die Quittungen über die gezahlten Steuerbeträge beizubringen.

Zu § 2 und Tarifnummer 1, Befreiung.

8. Diejenigen inländischen Aktiengesellschaften, welche für die von ihnen auszugebenden Werthpapiere die Befreiung vom Aktienstempel in Anspruch nehmen wollen, haben unter Vorbringung des Nachweises, daß die Voraussetzungen der Befreiungsvorschrift zur Tarifnummer 1 vorliegen, einen bezüglichen Antrag bei der Steuerdirektivbehörde ihres Bezirks einzureichen, welche das Gesuch mit ihrem Gutachten versehen durch Vermittlung der obersten Landesfinanzbehörde an den Bundesrath gelangen läßt.

Auf Grund des Beschlusses des Bundesraths, durch welchen die ausschließliche Gemeinnützigkeit der Zwecke der Gesellschaft anerkannt wird, hat die Direktivbehörde das Weitere wegen der Abstempelung der Aktien zc. zu veranlassen. Zu der letzteren ist ein Stempel zu benutzen, welcher in Größe und Zeichnung dem in Ziffer 4 beschriebenen Stempel entspricht, jedoch statt der Umschrift: „REICHSTEMPEL-ABGABE“ und des Abgabensatzes die Bezeichnung: „STEMPELFREI“ trägt.

Zu § 4 des Gesetzes.

Muster c.

9. Die im § 4 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind nach dem anliegenden Muster c zu erstatten und an diejenige Steuerstelle abzugeben, bei welcher die Besteuerung der Werthpapiere erfolgen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Werthpapiere demnächst bei einer anderen Steuerstelle versteuert werden; in diesem Falle hat der Steuerpflichtige derjenigen Steuerstelle, bei welcher die vorläufige Anmeldung erfolgt ist, von der bei der betreffenden anderen Steuerstelle erfolgten Besteuerung alsbald nach Vornahme der letzteren unter Vorlage der erforderlichen Nachweise Anzeige zu erstatten.

Zu § 6 Absatz 1.

10. Für die vor dem 1. Mai 1894 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere gelangt, falls die nach den bisherigen Vorschriften für dieselben fällige Steuer entrichtet ist, ein weiterer Stempel nicht zur Erhebung. Für die Interimsscheine gilt dies bezüglich der vor dem 1. Mai 1894 nach bisheriger Vorschrift versteuerten oder steuerfrei gebliebenen Beträge.

Wird beansprucht, daß für nach dem 30. April 1894 ausgegebene inländische Aktien zc., auf welche vor dem 1. Mai 1894 Einzahlungen stattgefunden haben, die Stempelabgabe nach dem Gesetz vom 27. April 1894 nur für die von dem 1. Mai 1894 ab geleisteten Einzahlungen erhoben werde, so sind in der Anmeldung der Aktien zur Besteuerung (Ziffer 2) außer dem Nennwerthe der einzelnen Stücke auch der Betrag und die Zeit der auf dieselben geleisteten Einzahlungen anzugeben und zugleich die Beweise für diese Angaben beizubringen.

Die Direktivbehörde bestimmt die Höhe der zu versteuernden Einzahlungen und der Abgabe.

Wegen der Quittung über die erhobene Abgabe, der Abstempelung und der Rückgabe der abgestempelten Aktien finden die Bestimmungen unter Ziffer 3 bis 5 sinngemäße Anwendung.

Ist die Vollzahlung des Interimsscheins bereits vor dem 1. Mai 1894 erfolgt und über einen Abgabebetrag nicht zu quittiren, so ist die zurückzugebende Ausfertigung der Anmeldung mit entsprechender Bescheinigung zu versehen.

Als Tag der Ausstellung gilt das auf den ausländischen Werthpapieren hierfür angegebene Datum. Ist der Steuerstell- bekannt, daß die letztere Angabe unrichtig und das zu versteuernde Werthpapier thatsächlich erst nach dem 30. April 1894 ausgestellt ist, so ist der volle Abgabensatz des Gesetzes vom 27. April 1894 in Anwendung zu bringen.

Zu § 6 Absatz 2.

11. Wird für Werthpapiere der in der Tarifnummer 1 bis 3 bezeichneten Art auf Grund des § 6 Absatz 2 des Gesetzes Befreiung von der Stempelabgabe beansprucht, so ist in der Anmeldung (Ziffer 2) das Sachverhältniß anzugeben und überdies der Beweis zu führen, daß die Werthpapiere in der That nur zum Zwecke des Umtausches ohne Veränderung des durch die zurückziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses ausgestellt und die zurückziehenden Stücke vorschriftsmäßig versteuert oder steuerfrei sind.

Die Befreiung findet u. A. keine Anwendung, wenn die neu auszugebenden Papiere auf andere Beträge oder einen anderen Zinssatz lauten, als die zurückziehenden Papiere, wenn sie von einem anderen Verpflichteten, allein oder mit dem bisherigen Verpflichteten, ausgestellt sind, wenn sie auf den Inhaber, statt, wie die aus dem Verkehr tretenden Stücke, auf den Namen lauten oder umgekehrt und dergleichen mehr.

Ist der Beweis erbracht, so verfügt die Direktivbehörde Abstempelung der neuen Stücke ohne Abgabenerhebung. Die Verfügung wird Registerbelag. Wegen der Vorlegung der eingezogenen Stücke und der Vernichtung der auf denselben etwa befindlichen Stempelzeichen finden die Vorschriften unter Ziffer 7, wegen der Anmeldung und Abstempelung die Vorschriften unter Ziffer 2 bis 5 sinngemäße Anwendung.

Sind die einzuziehenden Stücke versteuert, so ist die Quittung über die gezahlte Abgabe vorzulegen und als Belag zum Register zu nehmen.

Zu § 10 des Gesetzes.

12. Die Schlußnoten sind in deutscher Sprache und, sofern es sich nicht um Geschäfte über ausländische Werthe handelt, in Reichswährung auszustellen. Der Werth des Gegenstandes des Geschäfts ist stets in Reichswährung anzugeben.

Zur Tarifnummer 4a, Ermäßigung.

13. Wer von der Steuerermäßigung für Arbitragegeschäfte Gebrauch machen will, hat der Steuerdirektivbehörde seines Bezirks vorher hiervon schriftlich Anzeige zu erstatten, über die von ihm mit dem Anspruche auf Steuerermäßigung abzuschließenden Arbitragen nach den nachstehend verzeichneten näheren Vorschriften Buch zu führen und auf Erfordern dieses Buch, sowie alle darauf bezüglichen Schriftstücke (Schlußnoten, Briefe, Depeschen etc.) der Direktivbehörde einzureichen oder den von derselben abzuordnenden Beamten zur Einsicht vorzulegen.

In das Arbitragebuch, welches mindestens die in dem Muster h vorgesehenen Spalten enthalten, sind die einander gegenüberstehenden Geschäfte unter derselben fortlaufenden Nummer einzutragen.

Die für eine halbmonatliche Frist, d. h. von der einen bis zu der anderen der mehreren im Laufe eines Monats an der betreffenden ausländischen Börse stattfindenden Liquidationen bewirkten Prolongationen von Arbitragegeschäften (Absatz 3), über welche eine Schlußnote nicht ausgestellt wird, sind in der Spalte „Bemerkungen“ nachrichtlich aufzuführen.

Der Antrag auf Erstattung des zuviel verwendeten Stempels ist nach dem anliegenden Muster g in zwei Ausfertigungen bei der Direktivbehörde für je einen Kalendermonat bis zum 10. des auf die Ausstellung der Schlußnote folgenden Monats einzureichen. Der beizufügende Auszug aus dem Arbitragebuch ist nach dem anliegenden Muster h aufzustellen.

Auf Verlangen der Direktivbehörde ist ferner der Nachweis zu führen, daß die den Gegenstand der Arbitrage bildenden Werthpapiere an den in Betracht kommenden Plätzen, an welchen sie ge- oder verkauft sind, börsemäßig gehandelt und notirt werden. Soweit bei der Direktivbehörde Bedenken gegen die Richtigkeit der gemachten Angaben nicht bestehen, ist der beanspruchte Betrag zur Zahlung anzuweisen. Der Stempel für etwaige, zu Unrecht unversteuert gebliebene Prolongationsgeschäfte ist nachzufordern.

In den Fällen, für welche das Vorliegen einer Metaverbindung behauptet ist, ist diese Tatsache seitens des Arbitrageurs auf Erfordern durch Vorlegung des Vertrages über den Abschluß der Verbindung und des Schriftwechsels über das betreffende einzelne Geschäft nachzuweisen.

II Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte.

Muster g.

Muster h.

Zur Tarifnummer 4b.

14. Für welche Waaren an den einzelnen inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, wird von den Landesregierungen nach Anhörung der betreffenden Handelsvorstände festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, sowie dem Reichskanzler belufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

Zu § 8 Absatz 1 des Gesetzes.

15. Bei sogenannten Circa-Geschäften ist die Abgabe nach dem handelsüblichen Maximum der Lieferung zu berechnen; es bleibt den Handelsvorständen überlassen, auf Grund des § 41 Absatz 2 des Gesetzes die betreffenden Maxima festzustellen.

Zu §§ 10, 11 und 31 des Gesetzes.

16. Zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe werden Reichsstempelmarken und gestempelte Formulare zu Schlussnoten zum Preise des auf denselben angegebenen Steuerbetrages zum Verkauf gestellt.

Die Reichsstempelmarken sind 24 mm hoch und 61 mm breit; dieselben haben, insofern sie über Pfennigbeträge lauten, einen bläulichen, insofern sie über Markbeträge lauten, einen gelblichen Untergrund, welcher rechts und links den Reichsadler und in der Mitte ein Schild mit der Aufschrift „REICHSTEMPEL-ABGABE“ zeigt; eine Lochreihe macht die Marke in zwei gleiche Theile zerlegbar, von denen jeder auf dem oberen Rande die Werthbezeichnung und an den äußeren beiden Ecken die Zahl der Pfennig beziehungsweise Mark, auf welche die Marke lautet, ferner den Vordruck „den“ für das Datum der Verwendung in rothem Aufdruck und außerdem die fortlaufende Nummer der Marke enthält. Die Marken für Waarengeschäfte (Tarifnummer 4b) tragen außerdem in schwarzem Aufdruck den Buchstaben „W“. Die Marken lauten auf Steuerbeträge von 10, 20, 30, 40, 50, 60 und 80 Pfennig, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 15, 20, 30, 50, 100 und 500 Mark.

Muster d.

Die gestempelten Formulare zu Schlussnoten entsprechen in Form und Vordruck dem Muster d. Dieselben sind entweder

1. mit einem Stempelaufdruck versehen, welcher dem Muster der Reichsstempelmarken gleicht, indessen den Vordruck „den“ und die fortlaufende Nummer nicht enthält, oder
2. von der Steuerstelle dadurch herzustellen, daß vorrätig zu haltende ungestempelte Formulare des Musters d durch Verwendung von Reichsstempelmarken zu dem verlangten Betrage gestempelt werden; die Marken sind hierbei von der Steuerstelle in ungetheiltem Zustande auf der durch den Vordruck bezeichneten Stelle, insofern diese aber ausreichenden Raum nicht darbietet, auf einer freien Stelle des Formulars in der Art aufzukleben, daß bei der späteren Trennung der beiden Theile der Schlussnote je eine Hälfte der Marke auf jedem dieser Theile sich befindet, und sodann durch mindestens je einen auf das Formular übergreifenden Aufdruck des Amtsstempels in schwarzer Farbe, sowie durch Eintragung des Datums der Abstempelung auf jeder Hälfte der Marke zu entwerthen.

Die vorstehend zu Ziffer 1 bezeichneten Formulare tragen auf jedem ihrer beiden Theile die gleiche fortlaufende Nummer.

Mit Stempelaufdruck versehene Formulare werden zum Steuerbetrage von 20, 40, 60, 80 Pfennig, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 Mark zum Verkauf gestellt; unter Verwendung von Marken gestempelte Formulare können zu jedem Steuerbetrage von den Steuerstellen hergestellt und verabfolgt werden.

17. Von den Steuerstellen werden ferner ungestempelte Formulare des Musters d ausgegeben, für welche der Betrag der Herstellungskosten als Preis erhoben werden darf. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf denselben seitens der Steuerpflichtigen ist in folgender Weise zu bewirken.

Die Marken sind, soweit die durch den Vordruck bezeichnete Stelle Raum darbietet, auf dieser, im Uebrigen an einer beliebigen Stelle in der Art aufzukleben, daß je eine Hälfte jeder Marke auf

jedem der beiden Theile des ausgefüllten oder unausgefüllten Formulars sich befindet; die auf dem einen dieser Theile befindlichen halben Marken müssen also die gleichen fortlaufenden Nummern enthalten, wie die auf dem andern Theile befindlichen; die Marken dürfen vor der Aufklebung getheilt werden. In jeder Markenhälfte ist das Datum der Verwendung der letzteren auf dem Formular, und zwar der Tag und das Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle niederzuschreiben. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnung mit Buchstaben, sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung sind zulässig (z. B. 8. Oktbr. 95, 7. Septbr. 97).

Außerdem ist die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlußnote auf jeder Hälfte der einzelnen Marken niederzuschreiben. Es genügt jedoch, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf jeder halben Marke zu stehen kommt, der andere Theil aber auf das Formular oder auf andere halbe Marken, welche sich auf demselben Theile des letzteren befinden, hinüberreicht.

Das Datum, sowie die Firma oder der Name sind mittels deutlicher Schriftzeichen, ohne jede Masur, Durchstreichung oder Ueberschreibung niederzuschreiben.

Es ist zulässig, den vorgeschriebenen Entwerthungsvermerk ganz oder theilweise durch Stempel- aufdruck herzustellen. In diesem Falle braucht das Datum nicht an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle zu stehen; es muß aber in seinem ganzen Umfang (Monatsbezeichnung, Tages- und Jahreszahl mit den zulässigen Abkürzungen) vollständig auf jede einzelne halbe Marke gesetzt werden.

Nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendete Stempelzeichen werden als nicht verwendet angesehen (§ 32 des Gesetzes). Falls jedoch Stempelzeichen, welche für Geschäfte der Tarifnummer 4a bestimmt sind, für Geschäfte der Tarifnummer 4b verwendet sind oder umgekehrt, ist der Stempel nicht nochmals einzuziehen, auch ein Strafverfahren wegen Stempelhinterziehung nicht einzuleiten.

18. Es ist zulässig, andere als die von den Steuerstellen zum Verkauf gestellten Formulare (Privatformulare) zu Schlußnoten für die Entrichtung der Abgabe zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieselben dem Muster d entsprechend aus zwei demnächst zu trennenden gleichen Theilen bestehen, und daß jeder dieser Theile einen Vorbruck mindestens für die Angabe des Namens und des Wohnorts des Vermittlers und der Kontrahenten, des Gegenstandes und der Bedingungen des Geschäfts insbesondere des Preises, sowie der Zeit der Lieferung enthält; insofern die Formulare nicht in der nachstehend bezeichneten Weise zur Stempelung durch die Reichsdruckerei gelangen, müssen dieselben ferner an dem oberen Theile der Vorderseite einen über beide Theile des Formulars greifenden Vorbruck haben, durch den die für die Aufnahme der Marke bestimmte Stelle bezeichnet wird. Die Formulare können amtlich gestempelt oder von dem Aussteller der Schlußnote mit Reichsstempelmarken versehen werden.

Die amtliche Stempelung derselben erfolgt nach dem Antrage der Betheiligten entweder durch Aufdruck des in Ziffer 16 Absatz 3 unter 1 bezeichneten Stempels und einer für beide Theile des Formulars gleichen fortlaufenden Nummer durch die Reichsdruckerei, und zwar auf Kosten des Antragstellers, oder unter Verwendung von Reichsstempelmarken durch die Steuerstelle.

Die Stempelung durch die Reichsdruckerei erfolgt nur, wenn mindestens je hundert Formulare zu demselben Steuerbetrage gestempelt werden sollen; die Formulare sind in glattem Zustande (nicht aufgerollt) unter Beifügung eines überschüssigen Stückes für je zwanzig Stück (als Ersatz für etwaige Abgänge bei der Abstempelung) und, wenn dem Antragsteller nicht Stundung bewilligt ist, unter Hinterlegung des Steuerbetrages mit einer doppelt aufzustellenden Anmeldung nach dem Muster e der Steuerstelle vorzulegen. Die eine Ausfertigung der Anmeldung erhält der Antragsteller, nachdem dieselbe mit der Quittung über den Empfang der Formulare und des Steuerbetrages versehen worden, zurück. Die Steuerstelle veranlaßt die Stempelung der Formulare durch die Reichsdruckerei, welche letztere die gestempelten und die nicht verordneten überschüssigen Formulare unter Vorsehung der erfolgten Vernichtung der verordneten Stücke und unter Mittheilung der entstandenen Kosten an die erstere zurücksendet. Die Steuerstelle erstattet der Reichsdruckerei die Kosten und händigt die gestempelten und die überschüssigen ungestempelten Formulare, nachdem sie sich auch ihrerseits von der richtigen Stempelung

Muster e.

der ersteren überzeugt hat, dem Antragsteller unter Einziehung der verauslagten Kosten aus; über den Rückempfang der Formulare läßt sie sich auf der bei ihr zurückgebliebenen Ausfertigung der Anmeldung Quittung geben. Postsendungen zwischen den Steuerstellen und der Reichsdruckerei, welche die Abstempelung derartiger Formulare durch die Reichsdruckerei betreffen, sind mit dem Vermerk „Reichsdienstsache“ zu versehen und portofrei.

Soll die Stempelung der Formulare unter Verwendung von Reichsstempelmarken erfolgen, so bedarf es einer besonderen Anmeldung nicht; die Steuerstelle hat nach der Bestimmung unter Ziffer 16 Absatz 3 zu 2 zu verfahren; neben der Steuer werden Kosten für die Stempelung nicht erhoben.

Die Verwendung von Reichsstempelmarken zu den fraglichen Formularen seitens der Aussteller der Schlußnoten ist nach Maßgabe der unter Ziffer 17 getroffenen Bestimmungen zu bewirken.

19. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf gestempelten Formularen zur Ergänzung eines fehlenden Betrages ist zulässig und gleichfalls nach den Bestimmungen unter Ziffer 17 zu bewirken.

20. Wenn im Falle des § 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes auf einer zu niedrig versteuerten Schlußnote der fehlende Stempelbetrag nachträglich zu verwenden ist, so sind die erforderlichen Marken von dem zur Entrichtung dieses Betrages Verpflichteten in ungetheiltem Zustande an einer beliebigen Stelle der Schlußnote aufzukleben und nach Maßgabe der Bestimmung unter Ziffer 17 zu entwerthen; insbesondere ist das Datum der Verwendung der Marken auf jeder Hälfte derselben in der vorgeschriebenen Weise ersichtlich zu machen.

21. Es ist unzulässig, die Stempelzeichen aus gestempelten Formularen abzutrennen und anderweit zur Entrichtung der Abgabe zu verwenden. In den Schlußnoten dürfen Rasuren nicht vorgenommen werden.

22. Bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes), bedarf es der Zusendung der Hälfte der Schlußnote an den ausländischen Kontrahenten nicht. Unterbleibt die Zusendung, so hat der inländische Kontrahent das Doppelformular der Schlußnote in der vorgeschriebenen Weise gestempelt ungetheilt aufzubewahren. Die nicht beschriebene Hälfte der Schlußnote ist zu durchstreichen.

Zu § 11 Absatz 3 des Gesetzes.

23. Ueber die Erstattung der Abgabe im Falle des § 11 Absatz 3 des Gesetzes entscheidet die Direktivbehörde desjenigen Bezirks, in welchem der die Erstattung Verlangende zur Zeit der Entrichtung der Abgabe seinen Wohnort, eventuell aber seinen Aufenthaltsort gehabt hat. Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnote von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu § 15 des Gesetzes.

24. Die Abstempelung der Vertragsurkunde erfolgt seitens der Steuerstelle durch Verwendung von Reichsstempelmarken. Die letzteren sind in ungetheiltem Zustande thunlichst auf der ersten Seite der Urkunde aufzukleben und durch Eintragung des Datums der Verwendung und Ausdruck des Amtsstempels in der in Ziffer 16 Absatz 3 unter 2 vorgeschriebenen Weise zu entwerthen. Ist die Vertragsurkunde in mehreren Urschriften ausgestellt, so ist von der Steuerstelle auf dem zweiten, beziehungsweise auch auf den weiteren Stücken mit Unterschrift und unter Beibrückung des Amtsstempels zu vermerken, welcher Reichsstempelbetrag zu der ersten Urschrift verwendet ist.

Bei gerichtlich oder notariell aufgenommenen Verträgen, deren Urschriften den Kontrahenten nicht ausgehändigt werden, sind der Steuerstelle die Ausfertigungen vorzulegen.

Zu § 16 des Gesetzes.

25. Ueber Geschäfte, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, weil der Werth des Gegenstandes des Geschäfts auch nicht nach seinem höchstmöglichen Betrage

(§ 8 Abs. 1 des Gesetzes) berechnet werden kann, ist gleichwohl nach Maßgabe der §§ 10 und 11 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen, auf jedem der beiden Theile derselben aber zu vermerken, daß die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Steuerberechnung möglich wird. Abschrift der Schlußnote einschließlich dieses Vermerks ist gleichzeitig der Direktivbehörde zu überreichen. Sobald die Berechnung der Steuer möglich, hat deren Entrichtung nach Maßgabe der §§ 10 und 11 des Gesetzes unter Ausstellung einer neuen Schlußnote, in welcher auf die erstausgestellte Schlußnote Bezug zu nehmen ist, zu erfolgen. Die Direktivbehörde ist berechtigt, sich die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung nachweisen zu lassen.

Handelt es sich in einem solchen Falle um ein Geschäft, das nach § 15 des Gesetzes unter Feueramtlicher Abstempelung der beiderseits unterschriebenen Vertragsurkunde zu versteuern ist, so hat gleichwohl die Vorlegung der Vertragsurkunde bei der Steuerstelle nach Maßgabe der bezeichneten Vorschrift zu erfolgen; die Steuerstelle vermerkt auf der Urkunde beziehungsweise auch auf den mehreren Stücken derselben mit Unterschrift und unter Beibrückung des Amtsstempels, daß die Erhebung der Reichsstempelabgabe wegen zeitiger Unmöglichkeit der Berechnung derselben ausgesetzt sei, und behält Abschrift der Urkunde oder mindestens der für die Steuerfestsetzung wesentlichen Theile derselben zurück. Sobald die Berechnung der Steuer möglich wird, hat die anderweite Vorlegung der Vertragsurkunde zur Abstempelung bei einer Steuerstelle nach der Vorschrift im § 15 des Gesetzes zu erfolgen; falls mehrere Urschriften bestehen, genügt die Vorlegung einer derselben. Die erstbezeichnete Steuerstelle überwacht in geeigneter Weise die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung.

Bezüglich der in den §§ 10 und 11 sowie im § 15 des Gesetzes bestimmten Fristen gilt hierbei der Tag, an welchem die Steuerberechnung ausführbar geworden ist, als Tag des Geschäftsabschlusses.

Die Direktivbehörde beziehungsweise im Falle des Absatzes 2 dieser Ziffer die Steuerstelle kann, wenn die Berechnung eines Theils der zu entrichtenden Abgabe möglich ist, die Entrichtung dieses Theils anordnen.

26. Ist das Geschäft zwischen Kontrahenten, welche nicht an demselben Orte befindlich sind, durch briefliche oder telegraphische Annahmeerklärung zu Stande gekommen, so beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote

1. für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§ 9 Abs. 1 und § 10 des Gesetzes) zehn Tage,
2. für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen.

Die Frist beginnt für den die Annahmeerklärung abgebenden Kontrahenten am Tage nach der Abgabe der Annahmeerklärung behufs der Absendung (Art. 321 des Handelsgesetzbuchs), für den die Annahmeerklärung empfangenen Kontrahenten am Tage nach dem Eingange dieser Erklärung, und zwar auch im Falle einer brieflichen Bestätigung der telegraphischen Annahmeerklärung nach dem Eingange der letzteren.

Bei Geschäften über Werthpapiere, welche zum Liquidationskurse abgeschlossen sind, beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote, auch abgesehen von den Fällen des ersten Absatzes, für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten zehn Tage und für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen. Die Frist beginnt mit dem Tage nach dem Geschäftsabschluß.

Bei Geschäften, welche während eines zeitweiligen Aufenthalts im Auslande dorthin abgeschlossen (§ 7 Abs. 2 und 3 des Gesetzes) oder vermittelt sind, beginnt der Lauf der zur Entrichtung der Abgabe festgesetzten Fristen für den betreffenden Verpflichteten erst mit dem Tage nach seiner Rückkehr in das Inland; die Frist für die im Inlande befindlichen Steuerpflichtigen wird hierdurch nicht geändert.

Zu § 17 des Gesetzes.

27. Nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu treffenden näheren Bestimmungen,

insbesondere auch rücksichtlich der zu bestellenden Sicherheit dürfen gestempelte Formulare (Ziffer 16) auf Kredit verabsolgt und eigene Formulare der Steuerpflichtigen auf Kredit amtlich gestempelt werden (Ziffer 18). Abgabebeträge unter 50 Mark werden nicht kreditirt. Die kreditirten Beträge sind bis zum fünfundzwanzigsten Tage des dritten auf den Monat der Anschreibung folgenden Monats einzuzahlen.

Reichsstempelmarken werden nicht auf Kredit verabsolgt.

Zur Tarifnummer 5.

III. Lotterieloose.

28. Behufs Berechnung der Abgabe von Lotterieloose sind alle für den Erwerb eines Looses an den Unternehmer oder dessen Beauftragte zu leistenden Zahlungen zum Preise des Looses zu rechnen, insbesondere auch die sogenannten Schreibgebühren, Kollektionsgebühren u. a. m.

Zu §§ 22, 23 und 25 des Gesetzes.

29. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Auspielungen veranstalten will, bei welchen der Gesamtpreis der Loose die Summe von 100 Mark übersteigt, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am siebenten Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubniß schriftlich anzumelden:

Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummern) und den planmäßigen Preis der Loose, den Zeitpunkt, wo mit dem Vertrieb der Loose begonnen werden soll, die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Auspielung, die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem Unternehmer mit dem Vertrieb der Loose betrauten Personen.

Der in zwei Ausfertigungen einzureichenden Anmeldung ist als Anlage ein amtlich beglaubigtes Exemplar des obrigkeitlich genehmigten Plans der Lotterie oder Auspielung anzuschließen.

Mit der Anmeldung ist die Abgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose einzuzahlen. Wird Stundung der Abgabe bis nach dem Beginn des Vertriebes der Loose gegen Sicherstellung des Abgabebetrages oder ohne solche beansprucht, so ist der Antrag mit der Anmeldung vorzulegen.

Bei solchen Lotterien oder Auspielungen, bei welchen nach der obrigkeitlichen Erlaubniß nicht von vornherein eine bestimmte planmäßige Anzahl von Loosen festgesetzt, dem Unternehmer vielmehr nur gestattet ist, Loose bis zu einer gewissen Maximalzahl auszugeben, darf die Besteuerung der Loose nach Maßgabe des Bedarfs bewirkt werden. Für die Anmeldung des ersten Theils der auszugebenden Loose gelten die Bestimmungen im ersten und zweiten Absatz dieser Ziffer. Die Verlegung einer weiteren Anzahl von Loosen zur Abstempelung ist mittelst besonderer Anmeldung zu bewirken, in welcher unter Angabe der Zahl und der Nummern der zu versteuerten Loose auf die erste Anmeldung Bezug zu nehmen ist.

Ist auf den Loosen oder Spielausweisen ein Preis nicht angegeben, sondern wird dieser von den Abnehmern zugleich mit der Vergütung für sonstige Leistungen in einem ungetrennten Betrage bezahlt, so hat der Unternehmer in der bei der Steuerbehörde einzureichenden Anmeldung anzugeben, welcher Theil von jenem Betrage auf die Loose oder Spielausweise fällt. Gleiches gilt in den Fällen, in welchen eine Aushändigung besonderer Loose oder Spielausweise nicht stattfindet, sondern die Bescheinigung über die geleistete Vergütung (Eintrittskarte etc.) zugleich als Loos oder Spielausweis dient. Der auf die Loose oder Spielausweise zu rechnende Betrag darf nicht geringer sein, als der Werth der Gewinne. Wird die Abgabe von dem Unternehmer überhaupt nicht oder nicht in befriedigender Weise gemacht, so steht es der Steuerbehörde frei, den auf die Loose oder Spieleinlagen zu rechnenden Betrag nach eigenem Ermessen festzusetzen.

30. Hinsichtlich der von den Verwaltungen der Totalisatoren auf den Rennplätzen ausgegebenen Bescheinigungen (Totalisatortickets) über die gezahlten Einsätze auf die am Rennen beteiligten Pferde wird von der Vorlegung eines bestimmten Lotterieleplanes (Ziffer 29 Absatz 2) abgesehen und gestattet, daß die Besteuerung der Spielausweise nach Maßgabe des Bedarfs bewirkt werde. Die Veranstalter der Auspielungen dürfen nur versteuerte Ausweise über Einsätze zur Abgabe bringen und nur solche auf den Rennplätzen in Gewahrsam halten.

Auf Antrag der Totalisatorverwaltung kann indessen die Abgabe bis zum Schlusse des jeweiligen Rennens gestundet werden. In diesem Falle ist von der Abstempelung der Spielausweise Umgang zu nehmen und die Abgabe von dem am Schlusse des Rennens sich ergebenden Gesamtbruttoertrage der Einsätze zu entrichten. Zu letzterem Zweck hat die Totalisatorverwaltung an dem auf den Schluß des Rennens folgenden Tage einen den Spielumsatz ergebenden Auszug ihrer Bücher der zuständigen Steuerstelle mitzutheilen und den sich danach ergebenden Stempelbetrag einzuzahlen, auf Erfordern auch die bezüglichen Bücher und Listen der Steuerstelle zur Einsicht vorzulegen.

Von Zeit zu Zeit ist der Betrieb des Totalisators im Stempelinteresse durch einen von der Landesregierung zu bestimmenden Beamten einer Prüfung zu unterziehen.

31. Wird Befreiung von der Abgabe in Anspruch genommen, so ist mit der Anmeldung der Nachweis zu führen, daß der Erlös des Unternehmens zu ausschließlich mildthätigen Zwecken Verwendung finden wird. Ueber die Anwendbarkeit der Befreiung und insbesondere über die Frage, ob ein ausschließlich mildthätiger Zweck vorliegt, entscheidet die Direktivbehörde. Die obersten Landesfinanzbehörden sind ermächtigt, die Abgabe in solchen Fällen aus Billigkeitsrücksichten zu erlassen, in welchen die Befreiung nicht rechtzeitig mit der Anmeldung in Anspruch genommen ist.

Als mildthätiger Zweck ist lediglich die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen anzusehen, gleichviel ob der Erlös der Lotterie oder Auspielung unmittelbar an hilfsbedürftige Personen vertheilt wird oder Anstalten zufließt, welche sich die Unterstützung hilfsbedürftiger zur Aufgabe stellen. Auf Verlosungen zu gemeinnützigen oder zu religiösen Zwecken, z. B. zu Kirchenbauten oder Missionszwecken, erstreckt sich die Befreiung nicht.

32. Die Behörde, welche die obrigkeitliche Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie oder Auspielung erteilt, hat hiervon ohne Verzug der zur Erhebung der Abgabe für die Loose zuständigen Steuerbehörde unter Bezeichnung des Unternehmens und seines Zweckes, des Namens und der Wohnung des Unternehmers, und des Zeitpunkts, an welchem dem letzteren die obrigkeitliche Erlaubniß behändigt worden, schriftlich Mittheilung zu machen.

Auf Grund dieser Mittheilung hat die Steuerbehörde sogleich nach Ablauf der unter Nr. 29 für die Anmeldung vorgeschriebenen Frist wegen Feststellung und Beitreibung der Abgabe, sowie nach Umständen wegen der Verhinderung des Loosabzuges und Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche zu veranlassen.

33. Nachdem der Abgabebetrag festgestellt, gebucht und entweder eingezahlt und gestundet, beziehentlich nachdem die Stempelfreiheit der Loose von der zuständigen Behörde anerkannt worden ist, erfolgt die Abstempelung der Loose durch die zuständige Steuerstelle mittelst Stempelaufdrucks. Der Stempel ist von runder oder ovaler Form und führt den Reichsadler und über demselben die Aufschrift „Versteuert“ beziehungsweise „Stempelfrei“, darunter das Unterscheidungszeichen der Abstempelungsstelle. Die Loose oder Spielausweise sind in einer solchen Form und Beschaffenheit herzustellen, daß sie sich zur Abstempelung eignen.

Ungestempelte Loose dürfen — abgesehen von den Auspielungen im Betrage von nicht mehr als 100 Mark — nicht ausgegeben werden.

Nach näherer Vorschrift der Landesregierung kann indessen bei den unter obrigkeitlicher Aufsicht stattfindenden Waarenverlosungen von der Abstempelung der Loose Umgang genommen werden, wenn mit Rücksicht auf die Zahl und den Preis der Loose die Abstempelung unverhältnismäßige Mühwaltung verursachen würde.

Die abgestempelten Loose werden gegen Empfangsbcheinigung auf der einen Ausfertigung der Anmeldung zurück gegeben. Die andere bleibt nebst ihren Anlagen (Ziffer 29) Belag zum Register. Wenn Stundung der Abgabe bewilligt ist, darf die Genehmigung zum Beginn des Looseabfahes vor Entrichtung der Abgabe erst nach Abstempelung der Loose ausgehändigt werden.

34. Der Abgabe nach der Tarifnummer 5 unterliegen auch diejenigen Spielausweise, welche bei den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen geringwertiger Gegenstände ausgegeben werden.

In der Quittung über die für derartige Spielausweise entrichtete Reichsstempelabgabe sind die versteuerten Spielausweise nach ihren Nummern beziehungsweise auch nach ihrer Serienbezeichnung anzugeben. Findet Stundung der Abgabe statt, so ist hierüber eine Bescheinigung zu ertheilen, in welcher alichfalls die Nummern und eventuell die Serienbezeichnung der Spielausweise ersichtlich zu machen sind.

Mit Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde dürfen die für unausgeführt gebliebene Auspielungen bestimmt gewesenen Spielausweise zu einer anderen Zeit, beziehungsweise bei einer anderen Gelegenheit zur Ausgabe gelangen, sofern bei der Steuerbehörde ein hierauf bezüglicher Antrag unter Vorlegung der Spielausweise und der Quittung über die für dieselben gezahlte Abgabe, beziehungsweise der Bescheinigung über die erfolgte Stundung dieser Abgabe, mit der neuen Anmeldung gemäß der Ziffer 29 gestellt wird. Ueber die Genehmigung ist eine schriftliche Bescheinigung zu ertheilen.

Bei Auspielungen der bezeichneten Art können die Steuerstellen auf die Abstempelung des ersten und des letzten Loose jeder Serie, oder jedes zusammenhängenden Bogens sich beschränken; dieselben haben alsdann die Art der Abstempelung in der auszustellenden Quittung anzugeben. Die Veranstalter der Auspielung sind in solchen Fällen verpflichtet, die Quittung der Steuerstelle während der Auspielung bei sich zu führen und beim Verkauf der Loose genau nach der Reihenfolge der Serien und der einzelnen Nummern sich zu richten; auch dürfen sie am Orte der Auspielung (in der Spielbude u.) keine anderen Loose vorätbig haben, als die zu den abgestempelten Serien oder Bogen gehörigen.

35. Nummerlisten, welche bei öffentlich veranstalteten Auspielungen von Gegenständen zur Beifügung der Namen der Spieler unter Erhebung des entsprechenden Betheiligungsbetrages vom Spielunternehmer in Umlauf gesetzt werden, sind zur Abgabe nach der Tarifnummer 5 des Reichsstempelgesetzes nicht heranzuziehen.

Zu § 23 des Gesetzes.

36. Die Landesregierungen bestimmen, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen die Genehmigung zum Absatz der Loose vor der Entrichtung der Abgabe gegen Sicherstellung der letzteren oder ohne solche ertheilt, oder sonst die Abgabe gestundet werden kann.

Zu § 24 und 25 des Gesetzes.

Anmerkung 1.

37. Ausländische Loose und Ausweise über Spieleinlagen sind der zuständigen Steuerstelle mit einer nach dem anliegenden Muster f doppelt auszustellenden Anmeldung unter Einzahlung des Abgabebetrags innerhalb der im § 24 des Gesetzes bezeichneten Frist zur Abstempelung vorzulegen. Wegen der Buchung der Abgabe, der Beläge und wegen der Abstempelung der Loose gelten die Bestimmungen unter Ziffer 33. Stundung der Steuer findet nicht statt.

Zu § 27 des Gesetzes.

38. Für unabgesetzt gebliebene Loose u. einer zu Stande gekommenen Auspielung wird die Reichsstempelabgabe nicht erstattet. Tritt indessen eine Aenderung des Lotterieplans in der Art ein, daß die unabgesetzten Loose oder ein Theil derselben von der Verloosung ausgeschlossen werden

und der Gesamtwert der Gewinne dementsprechend ermäßigt wird, so kann mit Genehmigung der obersten Landesfinanzbehörde die Steuer für die von der Verlosung ausgeschlossenen Loose erstattet werden.

Zu § 28 des Gesetzes.

39. Die Verwaltungen der Staatslotterien haben spätestens am fünfzehnten Tage nach Ablauf der Ziehung jeder Klasse dem Reichsschatzamt die Zahl der abgesetzten Loose und den Preis der Loose (Ziffer 28) anzuzeigen. Diese Anzeigen sind unter Benutzung eines von dem Reichsschatzamt vorzuschreibenden Formulars doppelt zu erstatten. Das Reichsschatzamt setzt die zu entrichtende Steuer fest.

Zu § 31 des Gesetzes.

40. Für verdorbene Reichsstempelmarken und für Reichsstempelzeichen, mit welchen dem-
nächst verdorbene Formulare oder Werthpapiere versehen sind, kann Erstattung beansprucht werden, wenn von den Stempelzeichen, Formularen und Werthpapieren noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, dem gegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

Der Erstattungsanspruch ist bei der Direktivbehörde des Bezirks innerhalb dreier Monate, nachdem der Schaden dem Berechtigten bekannt geworden ist, unter Vorlegung der verdorbenen Marken, Formulare und Werthpapiere anzumelden; auf Erfordern sind die quittirten Anmeldungen, welche den Betrag der für die verdorbenen Werthpapiere entrichteten Abgabe ergeben, beizufügen.

Eine baare Zurückzahlung der entrichteten Reichsstempelabgabe findet solchenfalls nicht statt. Bei Formularen und Marken erfolgt die Erstattung im Wege des Umtausches, und zwar werden in der Regel für verdorbene Formulare gestempelte Formulare, für verdorbene Marken Marken abgabefrei verabfolgt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen gleich. Den Wünschen des Antragstellers hinsichtlich des Abgabebetrages der einzelnen Stücke ist thunlichst Rechnung zu tragen. Die Landesregierungen können anordnen, daß in solchen Fällen, in denen gestempelte Formulare des Musters d in größerer Menge im Umtausch gegen verdorbene Formulare oder Marken beansprucht werden, die Herstellungskosten für die erstbezeichneten Formulare zu erstatten seien.

An Stelle der verdorbenen Werthpapiere hat die betreffende Steuerstelle nach näherer Anweisung der Direktivbehörde dem Berechtigten auf Grund vorheriger Anmeldung nach den Vorschriften unter Ziffer 2 neu ausgestellte Werthpapiere von demselben Steuerwerth abgabefrei abzustempeln.

Die etwa entstehenden Portokosten trägt der Antragsteller.

Die verdorbenen Marken und Formulare, sowie die aus den Werthpapieren herausgeschnittenen Stempelzeichen werden bei der Direktivbehörde in Gegenwart zweier Beamten vernichtet.

41. Reichsstempelmarken und amtlich gestempelte Formulare des Musters d können, wenn sie unbeschädigt sind, bei den von den Landesregierungen bestimmten Steuerstellen gegen Marken oder Formulare zu anderen Steuerbeträgen oder für andere Geschäfte umgetauscht werden; indessen findet auch hier in der Regel der Umtausch von Formularen nur gegen gestempelte Formulare, der Umtausch von Marken nur gegen Marken statt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen des Antragstellers gleich.

Zu § 39 des Gesetzes.

42. Die Beamten zur Wahrnehmung der im § 39 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Geschäfte werden nach Maßgabe der ihnen erteilten näheren Anweisung selbständig davon Ueberzeugung nehmen, ob den Vorschriften des Gesetzes gemäß verfahren worden ist. Die Vorstände der zu revidirenden Anstalten, an welche der revidirende Beamte bei Beginn der Revision sich wenden wird, haben ihm die zu diesem Zweck gewünschten Werthpapiere, Schlußnoten, Beläge und sonstige Schriftstücke, sowie Geschäftsbücher zur Einsicht vorlegen zu lassen, Auskunft zu erteilen und ihm einen angemessenen Raum für die Erledigung seiner Obliegenheiten zur Verfügung zu stellen.

Zu § 41 des Gesetzes.

43. Wenn im Laufe eines Verwaltungsstrafverfahrens die kaufmännischen Geschäftsformen zu Zweifeln in Betreff der Beurtheilung des Sachverhältnisses Anlaß geben oder für die Anwendung der Tarifnummer 4 b Zweifel darüber bestehen, ob das Geschäft als ein solches anzusehen ist, das unter Zugrundelegung der Usancen einer Börse abgeschlossen ist, oder ob es sich um börsenmäßig gehandelte Waaren handelt, so sind über die zweifelhaften Fragen geeignete Sachverständige zu hören. In Bezirken, für welche Handelsvorstände bestehen, haben diese der Steuerbehörde für die verschiedenen Geschäftsbranchen Sachverständige zu bezeichnen.

Uebergangsbestimmung.

44. Bis zum 1. Oktober 1894 dürfen die bisher ausgegebenen Stempelzeichen auch für Waarengeschäfte (Tarifnummer 4 b) verwendet werden.

Eingegangen am 18.....

Nr. des Anmeldeungsregisters.

Nr. des Heberegisters.

(Schwarzstempel.)

Anmeldung,

betreffend

die Versteuerung beziehungsweise Abstempelung von inländischen Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen nach dem Reichsstempelgesetz.

Der Unterzeichnete beantragt die Abstempelung der anbei erfolgenden, umstehend näher bezeichneten Werthpapiere und ist damit einverstanden, daß dem Ueberbringer der unten ausgefertigten Empfangsbescheinigung gegen Aushändigung derselben die abgestempelten Werthpapiere zurückgegeben werden, sowie daß die Steuerbehörde zur Prüfung der Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll.

....., den ten 18.....

Des Anmeldenden { Vor- und Zuname.
Wohnort und Wohnung.

Empfangsbescheinigung.

Die umstehend verzeichneten Werthpapiere sind der unterzeichneten Steuerstelle übergeben und werden nach erfolgter Abstempelung dem Ueberbringer dieser Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Die Steuerstelle behält sich das Recht vor, die Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zu prüfen, ist jedoch zu einer solchen Prüfung nicht verpflichtet.

....., den ten 18.....

(Amtsbezeichnung, Unterschriften und Schwarzstempel der Steuerstelle.)

[illegible]

Eingegangen den 18.....

Nr. des Anmeldeungsregisters.

Nr. des Heberegisters.

(Schwarzstempel.)

An m e l d u n g,

betreffend

die Versteuerung beziehungsweise Abstempelung von ausländischen Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen nach dem Reichsstempelgesetz.

Der Unterzeichnete beantragt die Abstempelung der anbei erfolgenden, umstehend näher bezeichneten Werthpapiere und ist damit einverstanden, daß dem Ueberbringer der unten ausgefertigten Empfangsbescheinigung gegen Aushändigung derselben die abgestempelten Werthpapiere zurückgegeben werden, sowie daß die Steuerbehörde zur Prüfung der Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll.

....., den^{ten} 18.....

Des Anmeldenden { Vor- und Zuname.
Wohnort und Wohnung.

E m p f a n g s b e s c h e i n i g u n g.

Die umstehend verzeichneten Werthpapiere sind der unterzeichneten Steuerstelle übergeben und werden nach erfolgter Abstempelung dem Ueberbringer dieser Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Die Steuerstelle behält sich das Recht vor, die Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zu prüfen, ist jedoch zu einer solchen Prüfung nicht verpflichtet.

....., den^{ten} 18.....

(Amtsbezeichnung, Unterschriften und Schwarzstempel der Steuerstelle.)

[illegible]

Schlußnote. Nr.
....., den 18.....
Von
in
An
in

Schlußnote. Nr.
....., den 18.....
Von
in
An
in

Gegenstand des Geschäfts:
Lieferungstermin per
Preis oder Kurs:
Werth des Gegenstandes:
Sonstige Bemerkungen:
Vermittelt durch:
in
000 000

Gegenstand des Geschäfts:
Lieferungstermin per
Preis oder Kurs:
Werth des Gegenstandes:
Sonstige Bemerkungen:
Vermittelt durch:
in
000 000

Muster d.

Vermittelt durch:
in
000 000

р и н б | э т н Р

Erste Ausfertigung.

Berlin, den 6. Juni 1894.

Antrag

des Banklers *N. N.* zu Berlin auf
Erstattung von Stempel für Arbitrage-
geschäfte für den Monat *Mai* 1894.

(Der Erstattungsantrag ist in doppelter,
der Auszug aus dem Arbitragebuch in einfacher
Ausfertigung für je einen Kalendermonat bis
zum 10. des folgenden Monats einzureichen.)

Der Königlichen Provinzialsteuerdirektion überreiche ich
in der Anlage einen Auszug aus meinem Arbitragebuch
für den Monat *Mai* 1894, indem ich die Richtigkeit der
darin enthaltenen Angaben bescheinige.

Auf Grund dieses Auszuges beantrage ich gemäß
Tarifnummer 4a des Reichsstempelgesetzes die Erstattung
eines Stempelbetrages von Mark
..... Pfennig.

N. N.

An
die Königliche Provinzialsteuerdirektion

zu
Berlin.

Erste Ausfertigung.

put in R

Gegenstände zu Berlin wird angewiesen, den
ermäßigung in Höhe von Mark
Mark Wennia. an den Antrag

Berlin, den 189

Der Provinzialsteuereinsamler.

 $\mathbb{A}^1$

Vorstehenden Betrag von Mark Pfennig, in Worten
 Mark Pfennig, habe ich von dem *Königlichen Hauptsteueramt für*
inländische Gegenstände zu Berlin gezahlt erhalten.

Berlin, den 189

N. N.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.*)	12.	13.
Lau- fende Nr. des Arbeits- buches.	Datum des Geschäfts- abchlusses. Monat. Tag.	Gegenstand des Geschäfts.	Nennwerth.	Kurs.	Steuer- pflichtiger Werth des Gegen- standes des Geschäfts nicht über Mark	Ort des Ge- schäfts- ab- chlusses.	Name des Metisten falls Meta- Geschäft.	Nr. der Schuldscheine.	Ver- wendeter Stempel	Der Werth des Geschäfts (Spalte 6) wird gedeckt durch den Werth des Gegen- geschäfts in Höhe von	Rück- zuer- statterender Stempel- betrag (1/100 v. Spalte 11).	Bemer- kungen.
	1894.											
1.	Mai	1. Gekauft Italien. 5% Rente	Frs. 200 000	76,80	123 000	Berlin	—	76	24 60	123 000	6 15	
2.	"	2. Gekauft Lombarden	Stück 1000 Frs. 500 000	46,10	186 000	Wien	—	89	18 60	149 000	7 45	
3.	"	10. Gekauft Egypten	Frs. 100 000	104	84 000	Paris	—	105	8 40	84 000	4 20	
4.	"	12. Gekauft Ungar. 4% Goldrente	La 50 000	95 3/4	—	London	Lazard Brothers & Comp.	—	—	—	—	
5.	"	16. Gekauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 90 000	218	197 000	Berlin	—	220	39 40	197 000	9 85	
6.	"	17. Gekauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 100 000	220	220 000	Berlin	—	230	44	220 000	11	
7.	"	19. Verkauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 100 000	219	219 000	Berlin	—	240	43 80	219 000	10 95	

*) Falls der Betrag in Spalte 4a nicht niedriger ist als in Spalte 4, ist Spalte 11 gemäß Spalte 6 auszufüllen, anderenfalls ist Spalte 11 aus Spalte 4a und 5 zu berechnen.

1a.	2a.	3a.	4a.	5a.	6a.	7a.	8a.	9a.	10a.	11a.*	12a.	13a.
Lau- fende Nr. des Ab- schlus- ses.	Datum des Geschäfts- abschlusses.	Gegenstand des Geschäfts.	Nennwerth.	Kurs.	Steuer- pflichtiger Werth des Gegen- standes des Geschäfts nicht über	Ort des Ge- schäfts- ab- schlusses.	Name des Metisien falls Meta- Geschäft.	Nr. der Schlussnote.	Ver- wendeter Stempel	Der Werth des Geschäfts (Spalte 6 a) wird gebet durch den Werth des Gegen- geschäfts in Höhe von	Rück- zuer- stattender Stempel- betrag (1/20 0/0 v. Spalte 11a.)	Bemer- kungen.
	Monat. Tag.				Mark.				Mark. Pf.	Mark.	Mark. Pf.	
	1894.											
1.	Mai 1.	Verkauft Italien. 5 ⁰ / ₁₀₀ Rente	Frs. 200 000	77,75	125 000	Paris	—	6	12 50	125 000	6 25	prolon- girt von medio bis ultimo Mai.
2.	" 1.	Verkauft Lombarden	Stück 500 Frs. 250 000	49	98 000	Berlin	—	20	19 60	98 000	4 90	
"	" 2.	desgl.	Stück 300 Frs. 150 000	48,50	59 000	Berlin	—	26	11 80	59 000	2 95	
3.	" 10.	Verkauft Egypter	La 2 000 (Frs. 50 000)	103 ³ / ₈	43 000	London	—	45	4 30	43 000	2 15	
"	" 11.	desgl.	Frs. 50 000	103	42 000	Berlin	—	50	8 40	42 000	2 10	
4.	" 15.	Verkauft Ungar. 4 ⁰ / ₁₀₀ Goldrente	Mk. 1 000 000 La 50 000	96 ¹ / ₄	965 000	Frank- furt a. M.	—	210	193	965 000	48 25	13. u. 14. Feiertage
5.	" 17.	Gekauft Wechsel auf London	La 10 000	93 Rbl. f. 10 L.	—	Peters- burg.	—	—	—	—	—	
6.	" 18.	Verkauft Halbinpe- rials	Stück 13 625	7,22 Rbl. per Stück	—	Peters- burg.	—	—	—	—	—	
7.	" 21.	Gekauft Auszahlung Petersburg ult. Juni	Rbl. 100 000	270 Fr. per 100 Rbl.	—	Paris.	—	—	—	—	—	20. Sonn- tag.
									Summe . . .	. . .	. . .	
									Dazu Spalte 12 .	. . .	. . .	
									Zusammen . .	. . .	. . .	

*) Falls der Betrag in Spalte 4 nicht niedriger ist als in Spalte 4a, ist Spalte 11a gemäß Spalte 6a auszufüllen, anderenfalls ist Spalte 11a aus Spalte 4 und 5a zu berechnen.

B. Bestimmungen

über

die Erhebung und Verrechnung der nach dem Reichsstempelgesetz zu entrichtenden Abgaben.

Muster 1.

1. Jede zur Erhebung von Reichsstempelabgaben ermächtigte Steuerstelle hat über die bei ihr zur Einzahlung kommenden dergleichen Abgaben ein besonderes Heberegister zu führen, dessen Einrichtung die Landesregierung bestimmt. Das anliegende Muster 1 dient dabei als Vorbild. Die Buchung der Steuer im Heberegister findet erst statt, sobald die Abstempelung der Werthpapiere und der mit Stempelaufdruck zu versehenen Privatformulare zu Schlußnoten (Ziffer 18 der Ausführungsvorschriften) beziehungsweise die Bedruckung der Lotterieloose mit dem Kontrollestempel erfolgt ist.

Hebestellen, welche nur mit den Verkauf von Formularen zu Schlußnoten und von Reichsstempelmarken, mit der Abstempelung von Privat Formularen zu Schlußnoten und von Vertragsurkunden (§ 15 des Gesetzes) beauftragt sind, können die Einnahme dafür je nach der Bestimmung der Landesregierung auch in anderen Registern nachweisen. Auf diese Register finden die nachstehend unter Ziffer 5 Absatz 2 und 3 getroffenen Anordnungen keine Anwendung.

Bezüglich derjenigen Werthpapiere, welche gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes zu Ausnahmefällen abgestempelt werden, ist in der Bemerkungsspalte ein entsprechender Vermerk zu machen.

Muster 2.

2. Alle Anmeldungen zur Abstempelung von Werthpapieren sind zunächst in ein Anmeldungsregister nach dem anliegenden Muster 2 einzutragen; desgleichen diejenigen Anmeldungen über Formulare zu Schlußnoten, sowie zur Versteuerung von Lotterielosen, welche nicht sofort oder noch am Tage des Eingangs erledigt werden können. Durch dieses Register wird die Abgabe bis zur erfolgten Stempelung der Papiere und Erhebung der Steuer festgehalten. Dasselbe dient zugleich zur Kontrolle über die Stempelung derjenigen Werthpapiere und Loose, welche von der Reichsstempelabgabe befreit sind, jedoch mit einem Reichsstempel versehen werden müssen.

3. Die zur Erhebung der Stempelabgabe für Aktien, Renten und Schuldverschreibungen ermächtigten Steuerstellen führen außerdem ein Kontrollebuch über diejenigen Anzeigen, welche nach § 4 des Gesetzes die Emittenten von inländischen Werthpapieren zu erstatten haben. Dasselbe ist nach dem beigefügten Muster 3 anzulegen.

Muster 3.

4. Von den Steuerstellen, welche Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken zu verkaufen haben, ist über die Einnahme und Ausgabe an solchen Stempelzeichen ein besonderes Konto zu führen, dessen Einrichtung von der Landesregierung bestimmt wird. Dasselbe erhält die aus dem Muster 5 (nachstehend Ziffer 14) ersichtlichen Abschnitte und dient zugleich als Heberegister über die Herstellungskosten, welche nach Ziffer 17 und 40 der Ausführungsvorschriften die Steuerpflichtigen der Landeskasse für ungestempelte Formulare zu Schlußnoten, sowie für die als Ersatz für verdorbene Stempelzeichen verabsorgten gestempelten Schlußnotenformulare zu erstatten haben. Die für diese Formulare einzuziehenden Preise bestimmt die Landesregierung.

Ferner werden in dem Konto unter Benennung der Empfänger die gestempelten Formulare zu Schlußnoten und die Reichsstempelmarken verausgabt, für welche ein Werthbetrag nicht zu er-

Heben ist. Der unter a der Ausgabe zu berechnende Werth der verkauften Stempelzeichen muß mit der Summe der nach Spalte 13 und 14 des Heberegisters dafür erhobenen Steuerbeträge übereinstimmen.

Die von Steuerpflichtigen zum Umtausch zurückgegebenen gestempelten Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken sind, bevor sie vereinnahmt werden, in Bezug auf ihre Echtheit und Unversehrtheit zu prüfen.

5. Die zu 1 und 2 genannten Register werden nach Ablauf jedes Vierteljahres abgeschlossen und mit den dazu gehörigen Belägen an die Direktivbehörde zur Revision eingereicht. Auf die Erledigung der Erinnerungen finden die für die Zollverwaltung in dieser Beziehung erteilten Vorschriften sinngemäße Anwendung.

Eine Vernichtung der Hebe- und Anmeldungsregister und der dazu gehörigen Beläge darf vor Ablauf von zehn Jahren nach dem Etatsjahr, für welches die Register geführt sind, nicht stattfinden.

Zur Herbeiführung und Sicherung der gleichmäßigen Ausführung des Reichsstempelgesetzes in allen Bundesstaaten werden die Landesregierungen auf Ersuchen des Reichskanzlers von Zeit zu Zeit einige bei den Direktivbehörden bereits revidirte Register mit den Belägen mittheilen. Ergeben sich bei deren Einsicht Bedenken, so trifft die Landesregierung die zur Erledigung erforderlichen Anordnungen und giebt zugleich dem Reichskanzler von dem Verfüigten Kenntniß.

Das Kontrolebuch verbleibt bei den Steuerstellen; es ist dauernd und sicher aufzubewahren.

6. Die Herstellung der von den Steuerstellen zu verkaufenden, mit Stempelaufdruck versehenen Formulare zu Schlußnoten, sowie der ungestempelten Schlußnotenformulare und der Reichsstempelmarken (Ziffer 16 und 17 der Ausführungsvorschriften) erfolgt bei der Reichsdruckerei. Die Landesregierungen haben diese Stempelzeichen und ungestempelten Formulare von der Reichsdruckerei gegen Erstattung der Herstellungskosten anzukaufen. Die nach Maßgabe der Herstellungskosten von der Reichsdruckerei zu berechnenden Preise stellt das Reichsschatzamt fest und theilt sie den Landesregierungen mit.

Die Reichsdruckerei verabsolgt nur denjenigen Amtsstellen Reichsstempelzeichen, welche ihr von den Regierungen als zum unmittelbaren Bezuge derselben berechtigt bezeichnet werden. Jede Regierung erhält vierteljährlich von der Reichsdruckerei eine mit den quittirten Lieferscheinen belegte Rechnung über die von ihr zu erstattenden Herstellungskosten. Den Betrag der Rechnung lassen die Regierungen an die Reichsdruckereikasse entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der Reichshauptkasse zahlen.

Privatpersonen erhalten von der Reichsdruckerei weder Stempelzeichen noch ungestempelte Formulare.

Die Kosten der auf den Antrag von Steuerpflichtigen bei der Reichsdruckerei bewirkten Abstempelung von Werthpapieren und Formularen zu Schlußnoten werden von der Reichsdruckerei in jedem einzelnen Falle bei derjenigen Steuerstelle liquidirt, welche die Abstempelung bestellt hat. Für die sofortige Berichtigung dieser Rechnungen haben die Steuerstellen Sorge zu tragen.

7. Die von den Steuerstellen zur Stempelung von Werthpapieren, sowie zur Abstempelung von Lotterieloose zu verwendenden Stempel liefert für Rechnung der Landesregierungen die Reichsdruckerei. Die Stempel jeder Steuerstelle erhalten als Unterscheidungszeichen eine besondere Nummer, welche nicht veröffentlicht wird. Die Unterscheidungsnummern werden den Landesregierungen von dem Reichsschatzamt mitgetheilt.

Die Abstempelung der Werthpapiere zc. bei den Steuerstellen ist unter Aufsicht der Kassenbeamten zu bewirken, welche die Stempel, solange dieselben nicht benutzt werden, unter amtlichem Verschuß zu halten haben.

8. Alle bei den Steuerstellen zur Abgabe gelangenden Anmeldungen zur Entrichtung der Reichsstempelabgabe zc. sind auf dem Titelblatte mit dem Datum des Eingangs, der Nummer des

Anmeldungs- beziehungsweise Heberegisters und einem deutlichen Abdruck des gewöhnlichen Schwarzstempels der Hebestelle zu versehen. Anmeldungen, auf Grund deren eine Reichsstempelabgabe nicht zu erheben ist, verbleiben als Beläge bei dem Anmeldungsregister; die übrigen werden Beläge zum Heberegister und sind nach den Nummern dieses Registers zu ordnen.

Ueber die Einlieferung von Werthpapieren, deren Stempelung nicht sofort bewirkt werden kann, ist dem Steuerpflichtigen einstweilen ein mit der Nummer des Anmeldungsregisters und dem gewöhnlichen Amtsstempel der Hebestelle versehenener Empfangsschein zu geben. Nur gegen Rückgabe desselben empfängt der Steuerpflichtige die gestempelten Papiere zurück.

9. Die nach § 17 des Gesetzes und Ziffer 27 der Ausführungsvorschriften zulässige Stundung der Reichsstempelabgaben für Formulare zu Schlussnoten erfolgt für Rechnung des Reichs unter Haftung der Landesregierungen. Die gestundeten Beträge sind, sobald sie eingezahlt worden, spätestens aber nach Ablauf der Stundungsfrist der Reichskasse zu überweisen.

Die Genehmigung zum Beginn des Absatzes von Lotterielooseen vor der Entrichtung der Abgabe (§ 23 des Gesetzes) und sonstige Stundungen der Abgabe von Lotterielooseen erfolgen auf Gefahr und Rechnung der Landesregierung (Ziffer 36 der Ausführungsvorschriften).

10. Werden zum Ersatz für verdorbene Werthpapiere von den Steuerstellen neu auszugebende dergleichen Papiere abgestempelt (Ziffer 40 der Ausführungsvorschriften), so ist diese Stempelung nur durch das Anmeldungsregister nachzuweisen (siehe oben Ziffer 2).

Die als Ersatz für verdorbene gestempelte Formulare zu Schlussnoten und Reichsstempelmarken zu verabsolgendenden Stempelzeichen können, da eine Einnahme dafür nicht zu verrechnen ist, nur im Stempelzeichen-Konto abgeschrieben werden (siehe oben Ziffer 4).

11. Die für Arbitragegeschäfte (Ziffer 13 der Ausführungsvorschriften) zurückgezahlten Beträge sind gesondert von den Erstattungen für unrichtige Erhebungen zc. in den Kassensbüchern nachzuweisen.

12. Ueber den nach § 45 des Gesetzes von den Bundesregierungen an die Reichskasse abzuliefernden Reinertrag der Reichsstempelabgabe haben die Landeskassen mit der Reichshauptkasse nach Maßgabe der Bestimmungen vom 3. April 1878 monatlich abzurechnen. Die näheren Anordnungen über die Feststellung der monatlich abzuliefernden Einnahmen treffen die Landesregierungen. Die Haupt- und Unterämter haben die von ihnen erhobenen Reichsstempelabgaben in den monatlich und vierteljährlich aufzustellenden Reichsteuereübersichten mit nachzuweisen.

Vierteljährlich werden von dem Reichsschatzamt Hauptübersichten des Reinertrags der Reichsstempelabgabe aufgestellt und die Antheile der einzelnen Regierungen an der Gesamteinnahme berechnet. Auf Grund dieser Hauptübersichten und Berechnungen, welche das Reichsschatzamt den Bundesregierungen in einer entsprechenden Zahl von Abzügen mittheilt, erfolgt die vierteljährliche Abrechnung zwischen den Landeskassen und der Reichshauptkasse.

Die Vergütung von zwei vom Hundert für Erhebung und Verwaltung der Reichsstempelabgabe (§ 44 des Gesetzes) ist von den Staaten, welche die Abgaben erheben, bei der Ablieferung des Ertrages an die Reichskasse einzubehalten.

13. Zur Aufstellung der Hauptübersichten über den Ertrag der Reichsstempelabgaben haben die Direktivbehörden zum 15. Juli, 15. Oktober, 15. Januar und 15. Mai vorläufige Uebersichten der in ihrem Verwaltungsbezirke aufgetretenen derartigen Abgaben und zum 1. November jedes Jahres eine endgültige Uebersicht derselben für das abgelaufene Etatsjahr noch dem anliegenden Muster 4 an das Reichsschatzamt einzusenden. Für die Richtigkeit dieser Uebersichten ist die Direktivbehörde verantwortlich.

Die Einsendung endgültiger Uebersichten kann unterbleiben, wenn die vorläufigen Uebersichten für das 1. bis 4. Quartal jedes Etatsjahres keiner Vervollständigung oder Berichtigung bedürfen. In solchen Fällen genügt die von der Landesregierung dem Reichsschatzamt zu machende Mit-

theilung, daß die vorläufigen Uebersichten auch der endgültigen Einnahmefeststellung zu Grunde gelegt werden können.

Die Stempelsteuer für Loose der Staatslotterien wird von dem Reichsschatzamt bei der Aufstellung der vierteljährlichen Hauptübersichten über den Ertrag der Reichsstempelabgaben mit berücksichtigt. Das Ergebnis der auf Grund der Anzeigen der Lotterieverwaltungen (Ziffer 39 der Ausführungsvorschriften) erfolgenden Feststellungen theilt das Reichsschatzamt in jedem einzelnen Falle der betreffenden Landesregierung unter Beifügung eines Exemplars der Anzeige der Lotterieverwaltung behufs der Berücksichtigung bei der Feststellung der monatlich an die Reichskasse abzuliefernden Einnahmen mit.

14. Als Beilage zur vorläufigen Uebersicht der für das 1. bis 4. Quartal des Etatsjahres aufgetretenen Reichsstempelabgaben ist von jeder Direktivbehörde eine nach dem anliegenden Muster 5 aufzustellende Nachweisung der Einnahme und Ausgabe von Reichsstempelmaterialein im abgelaufenen Etatsjahre zu fertigen und an das Reichsschatzamt einzusenden.

Muster 5.

15. Formulare zu den nach den Mustern 4 und 5 aufzustellenden Uebersichten und Nachweisungen wird das Zoll- und Steuer-Rechnungsbüreau des Reichsschatzamts den Direktivbehörden nach Maßgabe des Bedarfs zustellen.

16. Die im § 39 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Anstalten sind regelmäßig mindestens einmal im Laufe von drei Jahren der Revision zu unterwerfen; bezüglich solcher Anstalten, bei welchen erfahrungsmäßig abgabepflichtige Schriftstücke oder Geschäfte nur vereinzelt vorkommen, sind die obersten Landesfinanzbehörden Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen befugt.

Die Revisionen sind in thunlichst ungleichmäßigen Zwischenräumen und ohne Anmeldung vorzunehmen.

Die revidirenden Beamten haben sich aus den veröffentlichten Geschäftsberichten und Bilanzen, aus Statuten und ähnlichen Hilfsmitteln vorher eine möglichst sichere und eingehende Kenntniß der Art und des Umfangs der Geschäfte der einzelnen Anstalten zu verschaffen. Dem pflichtmäßigen Ermessen der revidirenden Beamten bleibt überlassen, wieweit die Revision auszudehnen und insbesondere ob und inwieweit behufs sachgemäßer Ausführung derselben neben der Einsicht der Werthpapiere und Schlußnoten auch die Einsicht des Schriftwechsels, der Beläge und sonstigen Schriftstücke, sowie namentlich auch der Geschäftsbücher erforderlich ist.

Ueber den Verlauf der Revision ist eine von dem Revidirten nicht zu unterzeichnende Verhandlung aufzunehmen, in welcher die gezogenen Erinnerungen unter genauer Bezeichnung der nicht vorschriftsmäßig besteuerten Schriftstücke und Geschäfte zusammenzustellen sind. Darauf ist das Erforderliche wegen Einziehung der fehlenden Stempel oder Nachstempelung und je nach den Umständen wegen Einleitung eines etwaigen Strafverfahrens zu veranlassen.

Am Schlusse des Geschäftsjahres erstattet der revidirende Beamte der Direktivbehörde einen Bericht über seine Thätigkeit während desselben, die dabei gemachten Wahrnehmungen über das Reichsstempelgesetz und dessen Ausführung, etwaige Vorschläge zu Verbesserungen der bestehenden Vorschriften, über entdeckte Umgehungen u. s. w. — Eine Uebersicht der nach § 39 Absatz 2 a. a. O. der Revision unterliegenden Anstalten, der Anzahl der bei denselben ausgeführten Revisionen und der dabei gezogenen Erinnerungen, des Betrages der in Folge der letzteren eingezogenen Stempelabgaben und der auf Grund der Erinnerungen gestellten Strafanträge ist beizufügen.

Diese Jahresberichte sowie auf jedesmaliges Ersuchen die Verhandlungen über die abgehaltenen Revisionen und die darauf getroffenen Entscheidungen theilen die Landesregierungen dem Reichsanzler zur Kenntnißnahme mit.

Die Reichsbank und ihre Stellen unterliegen der Revision der Landesbeamten nicht. Die genaue Beachtung des Stempelgesetzes bei denselben wird durch Bankbeamte nach näherer Anordnung des Reichsbankdirektoriums überwacht.

Uebergangsbestimmungen.

17. Für das Etatsjahr 1894/95 sind von den Direktivbehörden zwei Uebersichten des Ertrages der Reichsstempelabgaben, und zwar die eine (A) über die auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1881 erhobenen Steuerbeträge nach dem bisherigen Muster (Ziffer 12 der Bestimmungen vom 29. Mai 1885), die andere (B) über die auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1894 erhobenen Steuerbeträge nach dem neuen Muster (oben Ziffer 13) aufzustellen und an das Reichsschatzamt einzusenden.

In der Uebersicht A sind alle aufgetragenen Reichsstempelabgaben, welche noch auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli 1881 erhoben worden sind, sowie die Registerdefekte und Erstattungen nachzuweisen.

Zur Aufstellung der Uebersichten haben die Steuerstellen für das erste Vierteljahr 1894/95 zwei Heberregister zu führen. Vom 1. Mai 1894 ab kommt das neue Formular (oben Ziffer 1) zur Anwendung.

18. Der Uebersicht A für das erste bis vierte Vierteljahr 1894/95 ist noch eine Nachweisung der Einnahme und Ausgabe von Reichsstempelmarken und Formularen zu Schlußnoten nach dem bisherigen Muster beizufügen.

Heberegister

des

Amts zu

über

die Reichs = Stempelabgaben

für das

te Quartal des Statsjahres 18.....

Dieses Register enthält Blätter, welche von einer mit dem Siegel des Unterzeichneten belegten Schnur durchzogen sind.

Geführt von

Name:

Dienststellung:

Name:

Dienststellung:

Vorschriften für den Gebrauch.

1. Das Heberegister umfasst den Zeitraum eines Vierteljahres; für das 4. Quartal des Statsjahres ist dasselbe jedoch im Monat April noch offen zuhalten, um die Einzahlungen auf die gestundete Stempelsteuer für Lotterieloose etc. darin anschreiben zu können. Die Eintragungen erfolgen das ganze Vierteljahr hindurch unter fortlaufender Nummer.
2. Zu den Spalten 6 bis 11. Ist für Werthpapiere nicht die volle tarifmäßige Steuer zu erheben, so wird dieselbe in der Spalte 5 vermerkt und zugleich angegeben, welcher Betrag davon in Abgang kommt.
3. In den Spalten 13 und 14 wird auch der Werthbetrag gebucht für die nach Ziffer 18 der Ausführungsvorschriften von der Reichsdruckerei mit Stempelaufdruck versehenen Privatformulare zu Schlussnoten, sowie für diejenigen Reichsstempelmarken, welche von der Steuerstelle auf Antrag von Steuerpflichtigen zur Herstellung gestempelter Formulare zu Schlussnoten, und zur Abstempelung von Vertragsurkunden verwendet werden.
4. Die Spalten 6 bis 19 sind fortlaufend bis zum Schlusse jedes Rechnungsmonats zu summiren und die Monatssummen bei dem Abschlusse des Registers zur Bildung der Quartalsumme zu recapituliren. Die Einnahmen aus der Spalte 16 werden am Schlusse jedes Tages mit den übrigen Einnahmen der Steuerstelle in die Kassensbücher übernommen.
5. Nach dem Abschlusse ist das Heberegister mit den dazugehörigen Belägen an die Direktivbehörde zur Revision einzusenden.
6. Der Quartalsumme sind von den Hauptämtern behufs der Feststellung der 'an die Reichskasse abzuliefernden Einnahme die im Laufe des Quartals zur Erhebung gekommenen Registerdefekte zu', dagegen die Erstattungen für unrichtige Erhebungen, sowie die zurückgezahlten Beträge für Arbitragegeschäfte abzusetzen.

Datum.	Laufende Nr.	Nummer des Anmel- dungs- registers.	Des Anmel- denden Name, Stand und Wohnort.	Nähere Bezeichnung des Gegenstandes der Besteuerung.	Die			
					I. Für Werthpapiere (Tarif			
					In- ländische Aktien und Interims- schein	Aus- ländische Aktien und Interims- schein	In- ländische Renten- und Schuld- verschrei- bungen, sowie Interims- schein nach Nr. 2a des Tarifs	Aus- ländische Renten- und Schuld- verschrei- bungen, sowie Interims- schein nach Nr. 2b des Tarifs.
1.	2.	3.	4.	5.	6. Mark.	7. Mark.	8. Mark.	9. Mark.
1894. 2. Juli	1.	1.	Deutsche Bank zu Berlin.	100 Stück Aktien der anmeldenden Bank über je 1000 M Abgabe je 10 M.	1000	—	—	—

Reichsstempelabgabe beträgt:						Summe der Spalten 6 bis 15	Davon sind					Bemerkungen.
nummer 1 bis 3).		II. für gestempelte Formulare zu Schlußnoten und Stempelmarken (Tarifnummer 4)		III. für Lotterie- loose 2c. nach Nr. 5 des Tarifs	baar ein- gezahlt		kreditirt	auf privative Rechnung gestundet oder sonst rück- ständig geblieben	(zu Spalte 18 und 19) ange- schrieben im Manual unter Nr.			
Inländische Men- ten- und Schuld- verschreibungen, sowie Interims- scheine	Genuß- scheine	1. zu Geschäfts- ten über Werth- papiere 2c. nach Nr. 4a des Tarifs.	2. zu Waaren- geschäften nach Nr. 4b des Tarifs.									
nach Nr. 3a des Tarifs Mark.	nach Nr. 3b des Tarifs Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.		
10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	
—	—	—	—	—	—	1 000	1 000	—	—	—		

Anmeldungsregister

des

Amts zu

über

die zu versteuernden bezw. mit dem Reichsstempel zu bedruckenden Werthpapiere zc.

für

das te Quartal des Etatsjahres 18.....

Dieses Register enthält Blätter, welche von einer mit dem Siegel des Unterzeichneten belegten Schnur durchzogen sind.

Geführt von

Name:

Dienststellung:

....., den ten 18.....

Name:

Dienststellung:

Vorschriften für den Gebrauch.

1. Dieses Register umfaßt den Zeitraum eines Vierteljahres und ist am Schlusse der ersten drei Quartale des Etatsjahres gleichzeitig mit dem Heberegister, für das 4. Quartal jedoch am 31. März abzuschließen. Die Eintragungen erfolgen das ganze Vierteljahr hindurch unter fortlaufender Nummer.
2. Alle bei dem Schlusse des Registers noch nicht erledigten Anmeldungen sind unter Beibehaltung der Nummern, welche sie im alten Register erhalten haben, in das Anmeldungsregister für das folgende Quartal zu übertragen. Die Richtigkeit der Uebertragung hat der Revisor (Kurator) der Steuerstelle zu bescheinigen. — Ist bei der Abgabe einer Anmeldung vorzusehen, daß die Abstempelung der dazu gehörigen Werthpapiere zc. bis zum Abschlusse des Registers nicht beendet werden kann, so steht es der Steuerstelle frei, die Uebertragung der Anmeldung in das Anmeldungsregister für das folgende Quartal sofort zu bewirken. In diesem Falle genügt in Spalte 4 des alten Registers der Hinweis auf die Eintragung im Register für das folgende Quartal.
3. In der Spalte 13 sind diejenigen Papiere nach Gattung, Kenn- und Belohnungswerth näher zu bezeichnen, welche zur Sicherstellung der Steuer (Spalte 7) angenommen werden.
4. Nach dem Abschlusse wird das Anmeldungsregister mit dem Heberegister an die Direktivbehörde zur Revision eingesandt. Als Beläge gehören zu demselben alle Anmeldungen, auf Grund deren eine Reichsstempelabgabe nicht erhoben ist.

Tag der Anmeldung.	Lau- fende Nr.	Des Anmeldenden Name, Stand und Wohnort.	Gegenstand der Besteuerung.	Mit der Ab- stempelung ist begonnen am	Die Reichs- druckerei ist um Stempelung der Papiere ersucht am
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1894. 2. Juli.	1	Deutsche Bank zu Berlin.	Werthpapiere laut Anmeldung.	2. Juli 1894.	—

Betrag der sichergestellten Steuer oder des hinterlegten Kosten= vorschusses Mark.	Derfelbe ist gebucht im Depositen= manual		Tag der Beendigung der Abstempelung oder des Eintreffens der gestempelten Formulare zu Schlußnoten bezw. der Bescheinigung über die Abstempelung der Werthpapiere von der Reichsdruckerei.	Die gestempelten Papiere sind dem Steuerpflichtigen ausgehändigt am	An Reichssteuer sind definitiv erhoben		Bemer= kungen.
	Seite.	Nr.			Betrag Mark.	Nr. des Hebe= registers.	
7.	8.		9.	10.	11.	12.	13.
—	—	—	2. Juli 1894.	2. Juli 1894.	1000	1	

Kontrolebuch

des

Amts zu

über

die nach § 4 des Reichsstempelgesetzes zu erstattenden Anzeigen.

Dieses Kontrolebuch enthält Blätter,
welche von einer mit dem Siegel des Unterzeich-
neten belegten Schnur durchzogen sind.

....., den ten 18.....

Name:

Dienststellung:

Nachrichtlich.

Dieses Kontrolebuch wird fortlaufend geführt und verbleibt mit den dazugehörigen Anzeigen bei der Steuerstelle.
Die Nummer der Eintragungen beginnt in jedem neuen Statsjahre mit Eins.

Laufende Nummer.	Tag der Anzeige.	Name und Wohnort des Emittenten der Werthpapiere.	Bezeichnung der Werthpapiere, deren Emission beabsichtigt wird, oder auf welche eine weitere Einzahlung erfolgen soll.
1.	2.	3.	4.

Stückzahl.	Nennwerth der Stücke bezw. Betrag der zu leistenden Einzahlung Mark.	Die Anmeldung der Werthpapiere zur Versteuerung ist erfolgt am	Nummer des Anmeldungs- Registers.	Bemerkungen, insbesondere bezüglich etwa unterbliebener Ausgabe der Werthpapiere.
5.	6.	7.	8.	9.

Einzel- arbeiten bei der Ein- stellung des Menschen in den Arbeits- prozess	Einzel- arbeiten bei der Ein- stellung des Menschen in den Arbeits- prozess	Einzel- arbeiten bei der Ein- stellung des Menschen in den Arbeits- prozess	Einzel- arbeiten bei der Ein- stellung des Menschen in den Arbeits- prozess	Einzel- arbeiten bei der Ein- stellung des Menschen in den Arbeits- prozess

Bundesstaat:

Verwaltungsbezirk:

Einreichungstermine:

15. Juli,
15. Oktober,
15. Januar,
15. Mai.

Uebersicht

der

Einnahme an Reichsstempelabgaben

für

das 1. bis Quartal des Statsjahres 18.....

Vorschriften für den Gebrauch.

1. Die in dieser Uebersicht anzusehenden Beträge umfassen den jedesmal abgelaufenen Theil des Statsjahres, also z. B. für das 1. bis 3. Quartal die Solleinnahme für April bis einschließlich Dezember.
2. In der Spalte 4 ist auch die Steuer für die in der Reichsdruckerei mit Stempelaufdruck versehenen Privatformulare zu Schlussnoten, sowie der Werth der von den Steuerstellen zur Abstempelung von Vertragsurkunden (§ 15 des Gesetzes) und Formularen zu Schlussnoten verwendeten Marken anzusehen.
3. In der Spalte 9 sind die entweder sofort oder nach vorheriger Kretittung baar eingezahlten Steuerbeträge anzusehen. Denselben treten hinzu:
 - a) die fällig gewordenen, aber noch nicht eingezahlten Kredite des laufenden Statsjahres,
 - b) die am Schlusse des Quartals noch gestundete Stempelsteuer für Privatlotterien und sonstige Rückstände,
 - c) die eingezogenen Register- u. Defekte, soweit sie nicht zum Ankauf von Stempelmarken verwendet, oder aus anderer Veranlassung in den Heberegistern bereits zur Vereinnahmung gekommen sind,
 dagegen sind die Erstattungen für unrichtige Erhebungen u. davon abzusehen.
4. In der Spalte 10 kommen die ausstehenden noch nicht fälligen Kredite zum Ansaß.
5. Die Spalte 11 dient zur Abwicklung der aus dem vorigen Statsjahr übernommenen Kredite.
6. Die Spalten 13 und 14 werden nur in den Schlusssummen ausgefüllt.
7. In Spalte 15 ist ein Vermerk über die Höhe des Steuerbetrages für die zu Ausnahmesätzen (Ziffer 1 Absatz 3 der Bestimmungen) abgestempelten Werthpapiere zu machen.

[illegible]

Die Richtigkeit dieser Uebersicht und die Uebereinstimmung derselben mit den hauptamtlichen Uebersichten bescheinigt.

(Kalkulation der Direktivbehörde).

Staat:

Muster 5.

Verwaltungsbezirk:

Einsendungstermin:
15. Mai.

Stichtag	Anzahl der Reichsstempelmarken						
	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896
1. April	10	15	20	25	30	35	40
1. Juli	12	18	22	28	32	38	42
1. Oktober	14	20	24	30	34	40	44
1. Januar	16	22	26	32	36	42	46
1. April	18	24	28	34	38	44	48
1. Juli	20	26	30	36	40	46	50
1. Oktober	22	28	32	38	42	48	52
1. Januar	24	30	34	40	44	50	54
1. April	26	32	36	42	46	52	56
1. Juli	28	34	38	44	48	54	58
1. Oktober	30	36	40	46	50	56	60
1. Januar	32	38	42	48	52	58	62
1. April	34	40	44	50	54	60	64
1. Juli	36	42	46	52	56	62	66
1. Oktober	38	44	48	54	58	64	68
1. Januar	40	46	50	56	60	66	70
1. April	42	48	52	58	62	68	72
1. Juli	44	50	54	60	64	70	74
1. Oktober	46	52	56	62	66	72	76
1. Januar	48	54	58	64	68	74	78
1. April	50	56	60	66	70	76	80
1. Juli	52	58	62	68	72	78	82
1. Oktober	54	60	64	70	74	80	84
1. Januar	56	62	66	72	76	82	86
1. April	58	64	68	74	78	84	88
1. Juli	60	66	70	76	80	86	90
1. Oktober	62	68	72	78	82	88	92
1. Januar	64	70	74	80	84	90	94
1. April	66	72	76	82	86	92	96
1. Juli	68	74	78	84	88	94	98
1. Oktober	70	76	80	86	90	96	100

Nachweisung

der

Einnahme und Ausgabe von Formularen zu Schlußnoten und
von Reichsstempelmarken

im

Statsjahre 18.....

1. April	10	15	20	25	30	35	40
1. Juli	12	18	22	28	32	38	42
1. Oktober	14	20	24	30	34	40	44
1. Januar	16	22	26	32	36	42	46
1. April	18	24	28	34	38	44	48
1. Juli	20	26	30	36	40	46	50
1. Oktober	22	28	32	38	42	48	52
1. Januar	24	30	34	40	44	50	54
1. April	26	32	36	42	46	52	56
1. Juli	28	34	38	44	48	54	58
1. Oktober	30	36	40	46	50	56	60
1. Januar	32	38	42	48	52	58	62
1. April	34	40	44	50	54	60	64
1. Juli	36	42	46	52	56	62	66
1. Oktober	38	44	48	54	58	64	68
1. Januar	40	46	50	56	60	66	70
1. April	42	48	52	58	62	68	72
1. Juli	44	50	54	60	64	70	74
1. Oktober	46	52	56	62	66	72	76
1. Januar	48	54	58	64	68	74	78
1. April	50	56	60	66	70	76	80
1. Juli	52	58	62	68	72	78	82
1. Oktober	54	60	64	70	74	80	84
1. Januar	56	62	66	72	76	82	86
1. April	58	64	68	74	78	84	88
1. Juli	60	66	70	76	80	86	90
1. Oktober	62	68	72	78	82	88	92
1. Januar	64	70	74	80	84	90	94
1. April	66	72	76	82	86	92	96
1. Juli	68	74	78	84	88	94	98
1. Oktober	70	76	80	86	90	96	100

(Folgt die Nachweisung und Unterschrift der Reichsstempelmarken)

Bezeichnung.	1. Stückzahl der gestempelten							
	Zu Geschäften über Werthpapiere u. nach Nr. 4a des Tarifs							Werth- betrag 4a
	zu 20 Pf.	zu	zu	zu	zu	zu	u.	Mark.
	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8—15.	16.
1.								
2. Bestand am Schlusse des Stats- jahres 18.....								
2. Neue Einnahme im Stats- jahre 18.....								
a) Von der Reichsdruckerei sind bezogen laut Lieferchein . . .								
vom .. ten ..								
vom .. ten ..								
vom .. ten ..								
u.								
Summe a ..								
b) Von Steuerpflichtigen sind zum Umtausch zurückgegeben . . .								
Zusammen 1 und 2								
3. Ausgabe:								
a) Von den Steuerstellen sind ver- kauft (summarisch) . . .								
b) Für die zum Umtausch zurück- gegebenen Stempelzeichen sind verabfolgt . . .								
c) Als Ersatz für verdorbene und unbrauchbar gewordene Stem- pelzeichen sind frei verabfolgt								
d)								
Zusammen 3								
Hiernach gehen als Bestand in das nächste Statsjahr über . . .								

(Datum, Amtsbezeichnung und Unterschrift der Direktivbehörde.)

[illegible]

II. Stückzahl der Reichsstempelmarken zu Geschäften über Waaren nach Nr. 4b des Tarifs								Werth- betrag II. 4b Mark.	Summe der Spalten 16, 31, 56 und 80 Mark.	Bemerkungen.
zu 20 Pf.	zu	zu	zu	zu	zu	zu	zu			
57.	58.	59.	60.	61.	62.	63.	64—79.	80.	81.	82.
										Nachrichtlich. Im Abschnitt I wer- den auch die von der Reichsdrucke- rei mit Stempel- aufdruck versehe- nen Privatformu- lare zu Schlußno- ten u. im Abschnitt II die von den Steuerstellen ver- wendeten Stem- pelmarken zur Ab- stempelung der Schlußnotenfor- mulare nachge- wiesen.
										Zu c. x. Verhand- lungen über die Vernichtung der verdorbenen ge- stempelten For- mulare zu Schluß- noten u. Stempel- marken sind bei- gefügt.

Die Richtigkeit dieser Nachweisung und die Uebereinstimmung derselben mit den hauptamtlichen Nachweisungen bescheinigt.

(Kalkulatur der Direktivbehörde.)

Auszug

aus den

Nachrichten des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin

über den

Saatenstand um die Mitte des Monats Mai 1894.

(vergl. Bekanntmachung der Regierung vom 3. Mai 1893. — Amtsblatt Nr. 36 —).

Staaten und Landestheile.	Um die Mitte des Monats Mai berechnete der Stand der Saaten zu der Erwartung einer Nr. 1 sehr guten, Nr. 2 guten, Nr. 3 mittleren (durchschnittlichen), Nr. 4 geringen, Nr. 5 sehr geringen Ernte.											Wegen Auswinterung u. umgepflügte Fläche in Prozent der Anbaufläche der betreffenden Frucht.				
	Weizen		Spelz		Roggen		Sommer- Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.	Klee (auch Luzerne).	Wiesen.	Winter- Weizen.	Winter- Spelz.	Winter- Roggen.	Klee (auch Luzerne).	
	Winter.	Sommer.	Winter.	Sommer.	Winter.	Sommer.										
Lippe	2,4	2,5	—	—	2,0	2,5	2,9	2,6	2,4	4,0	2,8	0,2	—	—	26	
Schaumburg Lippe	2,1	2,2	—	—	1,9	—	2,6	2,6	2,7	3,6	2,9	—	—	—	10	
Waldeck	2,3	2,0	—	—	2,3	3,5	2,4	3,0	—	3,3	2,7	2	—	1	21	
Braunschweig	2,3	2,4	—	—	2,2	2,3	2,4	2,4	2,4	3,7	3,1	—	—	—	—	
Oldenburg	2,6	2,3	3,0	—	2,2	2,7	2,2	1,9	2,3	3,4	1,7	6	—	0,2	20	
Preußen.																
Reg.-Bez. Münster	2,6	2,4	—	—	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	3,7	2,4	2	—	—	19	
„ Minden	2,4	2,6	—	—	2,1	2,4	2,5	2,5	2,3	3,6	2,7	—	—	—	10	
„ Arnberg	2,4	2,5	—	—	2,3	2,2	2,4	2,5	2,2	3,5	2,8	—	—	—	9	
„ Hannover	2,4	2,5	—	—	2,2	2,5	2,3	2,3	2,3	3,6	2,9	4	—	—	13	
„ Hildesheim	2,5	2,4	—	—	2,1	2,0	2,5	2,6	2,4	3,7	3,2	3	—	0,2	25	
„ Lüneburg	2,2	2,4	—	—	2,4	2,4	2,3	2,2	2,2	3,6	2,3	1	—	—	16	
„ Stade	3,0	2,6	—	—	2,5	2,5	2,3	2,2	2,3	3,7	2,2	23	—	—	21	
„ Osnabrück	2,4	2,4	—	—	2,2	2,6	2,5	2,5	2,2	3,3	2,6	—	—	—	28	
„ Aurich	3,3	2,8	—	—	2,4	2,5	2,5	2,3	2,5	3,4	2,0	35	—	—	19	
„ Cassel	2,4	2,6	—	—	2,3	2,5	2,6	2,8	2,6	3,6	2,8	0,1	—	—	11	
„ Wiesbaden	2,4	2,5	—	—	2,2	2,4	2,2	2,3	2,2	3,7	2,3	0,2	—	0,1	11	

Der Durchschnittspreis für Weizen, Roggen, Hafer, Heu und Stroh im Monat Mai d. J. hat hier betragen:

für 50 Kil. Weizen	M	6,75	Der Durchschnittspreis des Hafer's beträgt 8 M. — Pf.
" 50 " Roggen	"	6,25	
" 50 " Hafer gut	"	8,50	
" 50 " " mittel	"	8,—	
" 50 " " gering	"	7,50	
" 50 " Heu	"	5,—	
" 50 " Stroh	"	3,—	

Demgo, den 24. Mai 1894.

Der Magistrat.

J. B.

C. Heynemann.

Der Durchschnitt der höchsten Tagespreise für Hafer, Heu und Stroh im Monat Mai d. J. hat hier betragen:

pro 50 Kil. Hafer	8 M.	50 Pf.
" 50 " Heu	5 "	25 "
" 50 " Stroh	3 "	25 "

Demgo, den 24. Mai 1894.

Der Magistrat.

J. B.

C. Heynemann.

Bekanntmachung,

das Aushebungsgeſchäft im Jahre 1894 betreffend.

Die Aushebung der Militärpſichtigen findet in dieſem Jahre wie folgt ſtatt:

A. in Schötmar am Montag, den 18. Juni und Dienstag, den 19. Juni.

B. in Detmold am Sonnabend, den 23. Juni, am Montag, den 25. Juni, am Dienstag, den 26. Juni.

Sämmtliche Militärpſichtige aus den Geburtsjahren 1872, 1873, 1874, ſowie diejenigen älterer Jahrgänge, mit Ausnahme derjenigen, welche

1. im Beſitz eines Erſatzreſervepaſſes, eines Ausmuſterungs- oder Landſturm-Scheines ſich befinden,
2. bei der dieſjähigen Muſterung auf ein Jahr zurückgeſtellt ſind, haben bei Meldung der geſetzlichen Nachtheile an den in den

Vorladungſcheinen bezeichneten Tagen Morgens 7 Uhr auf dem Marktplatz in Schötmar, beziehungsweiſe Detmold ſich perſönlich einzufinden.

Bei Behinderung am Erſcheinen durch Krankheit iſt ein ärztliches Atteſt beizubringen, welches durch die Polizeibehörde beglaubigt werden muß, wenn der ausſtellende Arzt ſich nicht im Staatsdienſte befindet.

Die Eltern der Reklamanten ſind verpflichtet, perſönlich zu erſcheinen, wenn deren Gebrechlichkeit und Arbeitsunfähigkeit Grund der Reklamation ſind.

An den Aushebungstagen wolle ſich ein Beamter des betr. Verwaltungs- oder Stadtbezirks zu etwaiger Auskunftsertheilung Morgens 8 Uhr im Aushebungslokale einfinden.

Schötmar, den 18. Mai 1894.

Der Civilvorſitzende der Erſatzcommiſſion des Aushebungsbezirks Detmold.

R. Piderit.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Fräuleins Bertha Friedburg hieſ., Inhaberin der Firma B. Friedburg hieſ., iſt heute am 4. Mai 1894, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rentner Alfred Heinrichs hieſ. iſt zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen ſind bis zum 14. Juni 1894 bei dem Gerichte anzumelden.

Es iſt zur Beſchlußfaſſung über die Wahl eines anderen Verwalters, ſowie über die Beſtellung eines Gläubigerauſchuſſes und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenſtände auf

den 31. Mai 1894, Vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 28. Juni 1894, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 7 des Gerichtsgebäudes, Termin anberaumt.

Allen Perſonen, welche eine zur Konkursmaſſe gehörige Sache in Beſitz haben oder zur Konkursmaſſe etwas ſchuldig ſind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinſchuldnerin zu verabſol-

gen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Juni 1894 Anzeige zu machen.

Detmold, den 4. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht II.

gez. Sieg.

Vorstehender Beschluß wird hiermit veröffentlicht.

Detmold, den 4. Mai 1894.

Drüke,

Gerichtsschreiber des Fürstlichen Amtsgerichts II.

Auf Antrag der Erben wird der Apotheker Otto Bauer, welcher sich in den Jahren 1879 und 1880 in Detmold aufgehalten hat und seit seiner Abreise von hier verschollen ist, hiermit aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Freitag, den 13. Juli 1894,

Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls er für todt erklärt und das ihm zugefallene Vermögen seinen Erben überwiesen werden wird.

Detmold, den 15. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht II.

Sieg.

Lemgo. Alle, welche Ansprüche auf Befriedigung aus den Kaufgeldern für den subhastirten Grundbesitz des Zeugmachers Ernst Krüger Nr. 36 der St. V. Blatt 425 des Grundbuchs oder dingliche Rechte an denselben bislang nicht gemeldet haben, werden mit solchen hierdurch ausgeschlossen.

Lemgo, den 30. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht I.

Pothmann.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fuhrmanns Bernhard Funke zu Schöt-

mar wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Salzufen, den 29. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht II.

Boeders.

Mit dem 20. April d. J. sind das Gesetz wegen Erwerbes des Eigenthums an Grundstücken und die Grundbuchordnung vom 27. Juli 1882 für die Gemeindebezirke: Kleinenmarpe, Cappel, Dalborn, Kirchdonop und Altendonop, sowie für die Rittergutsbezirke: Gröpperhof, Lübershof, Altendonop, Burg-Maspe und Ober-Maspe und somit für den ganzen Amtsgerichtsbezirk Abtheilung II vollständig in Wirksamkeit getreten.

Blomberg, den 21. April 1894.

Fürstliches Amtsgericht II.

C. Melm.

Zur Eröffnung des Testaments der verstorbenen unverhehlchten Sophie Peter auf Nr. 19 zu Belle, ist Termin anberaumt auf

Mittwoch, den 6. Juni c.,

Morgens 10 Uhr,

wozu diejenigen, die glauben, dabei interessirt zu sein, geladen werden.

Blomberg, den 25. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht II.

C. Melm.

In Gemäßheit der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1893 sind alle an die dort bezeichneten Eintragungen im Hypothekenbuche des Gemeindebezirks Billinghamen bis zum Schluß des Aufgebotstermins am 23. Mai 1894 nicht angemeldeten Rechte und Ansprüche durch Ausschlußurtheil vom heutigen Tage für ausgeschlossen, die etwa vorhandenen Urkunden für kraftlos und die Eintragungen für erloschen erklärt.

Auch ist die Ausschließung aller derjenigen Rechte bezüglich der Grundstücke des Gemeindebezirks Billinghamen, welche nach §§ 18 bis 20 des Einführungsgesetzes zu der Grundbuch-Ordnung.

behufs ihrer Erhaltung anzumelden gewesen sein würden, erkannt worden

Lage, den 23. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht.
Nieländer.

Das Gesetz über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung sowie die Grundbuch-Ordnung vom 27. Juli 1882 sind für den Gemeindebezirk Billingshausen heute vollständig in Wirksamkeit getreten.

Lage, den 23. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht.
Nieländer.

Im Konkurse über das Vermögen des Bäckers und Gastwirths Heinr. Beckmann in Lage findet die Schlußvertheilung am

Sonnabend, den 9. Juni 1894,

Vormittags 10 Uhr,

in der Wohnung des Unterzeichneten statt.

Nach dem auf der Gerichtsschreiberei niedergelegten Schlußverzeichnisse sind bei der Vertheilung Forderungen im Betrage zu 9806 Mark 27 Pfg. zu berücksichtigen und dazu im Ganzen 6193 Mark 58 Pfg. verfügbar. Hiervon sind bereits 4886 Mark vertheilt, es bleiben noch zu vertheilen 1307 Mark 58 Pfg.

Lage, den 29. Mai 1894.

Der Konkurs-Verwalter.

A. Hanke jun.

Alle diejenigen, welche im Termine am 26. Mai 1894 Erbrechte an dem Nachlasse der Wittwe Luise Bedeking geb. Meinberg aus Schwalenberg nicht geltend gemacht, sind damit ausgeschlossen.

Schwalenberg, den 26. Mai 1894.

Fürstliches Amtsgericht I. Blomberg.

Zimmermann.

